

Telegraphische Depeschen.

* Berlin, 18. Jan. Sr. Maj. gedachte Corvette Leipzig, 12 Geschütze, Commandant Kapitän zur See Paschen, hat am 25. Nov. 1878 Kobe verlassen und ankerte, nach dem Besuch mehrerer Häfen an der Südküste Japans, am 29. Nov. in Yokohama. Sr. Maj. Glattdeschcorvette Freya, 8 Geschütze, Commandant Corvettenkapitän v. Rostig, hat am 9. Dec. 1878 von Hongkong aus die Reise nach Formosa und den nördlichen Häfen von China angetreten. Sr. Maj. Kanonenboot Cyclop, 4 Geschütze, Commandant Kapitänleutnant v. Schumann I., ist von Tientsin nach Hongkong und Kanton in See gegangen.

* Wien, 18. Jan. Abgeordnetenhause: Die Generaldebatte über den Berliner Vertrag wurde fortgesetzt. Der Antrag des Abg. Wolski, die Beschlüßfassung über den Berliner Vertrag bis zum Zustandekommen einer Convention mit der Pforte zu vertagen, fand keine Unterstützung.

* Wien, 18. Jan. Abgeordnetenhause (Fortsetzung): Der Minister Ungler führte in einer längern, von dem Hause mit Beifall aufgenommenen Rede aus, daß der Berliner Vertrag zu seiner Gültigkeit der Genehmigung durch den Reichsrath nicht bedürfe. Der Abg. Moser brachte eine Interpellation ein wegen der Vorkehrungen gegen die in Rußland ausgebrochene Pest.

* Paris, 19. Jan. morgens. In einer gestern stattgehabten Versammlung der republikanischen Linken, welche 242 eingeschriebene Mitglieder zählt, wurde aufs neue die gegenwärtige politische Lage zur Sprache gebracht. Die Versammlung wiederholte ihre am Freitag abgegebene Erklärung, daß das Programm der Regierung unannehmbar sei. Man erwartet weitere Äußerungen der Regierung, um sich alsdann endgültig auszusprechen.

* London, 18. Jan. abends. Lord Beaconsfield ist heute nach London zurückgekehrt. — Nach hier aus Capstadt eingegangenen Nachrichten vom 31. v. M. hat der König der Zulul, Cetshwayo, sich bereit erklärt, einige der ihm englischerseits bezeichneten Personen anzulieferu und die ihm auferlegte Strafe zu zahlen. Zugleich verspricht der König, die übrigen Forderungen des englischen Gouverneurs Bartle Frère in Erwägung zu ziehen. Der Gouverneur erwiderte, daß die in der Botschaft aufgestellten Forderungen keine Abänderungen erfahren könnten. Die Cetshwayo gewährte Frist für die definitive Antwort ist am 1. Jan. abgelaufen. Wie verlautet, sammelt Cetshwayo Truppen im königlichen Kraal an.

* Stockholm, 18. Jan. In der Thronrede, mit welcher heute der Reichstag eröffnet wurde, wird eine Reihe neuer Gesetzvorlagen angekündigt, unter denselben befinden sich auch die von der Synode beantragten Kirchengesetze. Behufs Vermehrung der Einnahmen wird die Erhöhung der Branntweinfabrikationssteuer und der Zölle auf Tabak, Zucker und Kaffee

beantragt. Das Budget für 1880 weist 74,650,000 Kronen an Einnahmen auf, darunter sind aufgeführt die Zölle mit 24,894,000, die Branntweinsteuern mit 17,100,000, die ordinären Einnahmen mit 18 Mill., die directen Steuern mit 4 Mill. Die Ausgaben sind ebenso hoch wie die Einnahmen etatisirt, unter den Ausgaben sind 19,700,000 für die Armee, 6,705,000 für die Marine in Ansatz gebracht.

* Petersburg, 18. Jan. vormittags. Nach genauer Zusammenstellung betrug die Einnahme aus den Zölle im Jahre 1878 71,612,269 Rubel oder 51,498,828 Metallrubel. Der Ueberschuß gegen die Zolleinnahmen im Jahre 1877 beträgt somit 32,791,847 Rub. Es ist dies, wie die Zeitungen hervorheben, das günstigste Resultat, welches aus den Zolleinnahmen bisher in Rußland erzielt worden ist.

* Petersburg, 18. Jan. Die Agence russe bezeichnet die Nachricht russischer Blätter von der Verzögerung der Unterzeichnung des russisch-türkischen Friedensvertrages durch die Opposition der Pforte und eine feindselige Haltung Englands als unbegründet.

* Bukarest, 18. Jan. Wie es heißt, sind der Regierung Vorarbeiten für den Bau einer Brücke über die Donau bei Silistria vorgelegt worden und erwartet die Regierung die Vorschläge solcher Personen, welche die Ausführung des Baues übernehmen wollten. Die Arbeiten sollten bereits im Frühjahr begonnen und möglichst beschleunigt werden.

* London, 18. Jan. Das Reutersche Bureau läßt sich aus Konstantinopel melden, man spreche dort von der Wahl Petrovic's, des Senatspräsidenten von Montenegro und Betters des Fürsten von Montenegro, zum Fürsten von Bulgarien.

* Wien, 18. Jan. abends. Meldung der Politischen Correspondenz aus Konstantinopel von heute: „Die Pforte verlangt eine Abänderung der neuen Grenzlinie gegen die Dobrudscha. In Ostrumelien findet eine Agitation gegen die Restauration der türkischen Herrschaft nach dem Abzuge der russischen Truppen statt. Die Actioncomité beschließen zunächst, eine Petition an die Großmächte um Ernennung eines europäischen Generalgouverneurs zu richten.“

Konstantinopel, 17. Jan. Ueber den Plan einer gemischten militärischen Occupation Rumeliens verlautet aus türkischer Quelle: „Die betreffenden Verhandlungen wurden zuerst sehr vertraulich zwischen dem englischen und dem wiener Cabinet geführt, denen sich dann auch die französische Regierung anschloß. Rußland habe die Proposition acceptirt und Italien sich derselben etwas später ebenfalls angeschlossen. Belgien und Schweden seien dazu ausersehen, active Hauptrollen zu übernehmen. Erstens solle ein Occupationscorps von 1500 Mann und Schweden ein solches von 600 Mann stellen. Desterreich, Frankreich, England, Rußland und Italien würden sich mit je 250 Mann betheiligen, wodurch die Occupationss-

macht sich auf 3350 Mann beziffern werde. Deutschland habe eine ziemlich spät erfolgte Einladung zum Beitritt dankend abgelehnt und erklärt, daß, solange 3350 Mann für den angestrebten Zweck genügen würden, 250 Mann deutsche Soldaten jedenfalls entbehrlich seien. Weiterhin verlautet, daß eine in Wien abzuhaltende Vörschasterconferenz die Details der gemischten Occupation officieil regeln werde.“ (S. T. S.)

* Konstantinopel, 18. Jan. Ueber die Modalitäten der Abtretung von Khotur an Persien ist nunmehr ein Einverständnis erzielt. — Die Pforte hat infolge der Entwerthung der Kaimés beschloßen, täglich für 8000 Pfd. St. Kaimés zurückzulassen, wovon 200 als Entschädigung für die Preisdifferenz für die Päder verwendet werden sollen.

* Newyork, 18. Jan. Gestern Abend brach in einer Feinwaarenhandlung in der Northstreet Feuer aus. Der Schaden wird auf 2 Mill. Doll. geschätzt. (Wiederholt.)

* Kalkutta, 18. Jan. General Roberts ist nach einer nach der Süd- und Westgrenze des Khasiathales ausgeführten Reconoscirung am 15. Jan. nach Watooon zurückgekehrt. Auf dem Safedkohgebirge hat ein unbedeutender Schneefall stattgefunden.

Leipzig, 20. Januar.

In die verfloßene Woche fiel der Jahrestag der Verkündigung des Deutschen Kaiserthums, allezeit ein Jubel- und Festtag für die deutsche Nation, diesmal in verdoppeltem Maße, weil sie den am 18. Jan. 1871 von den Fürsten und Bältern Deutschlands auf den Schild gehobenen ehrwürdigen Herrscher, errettet aus schweren Gefahren, in unvermindertem körperlichen und geistigen Wohlbefinden, trotz seines hohen Alters, an ihrer Spitze erblickte und mit ihren freudigen Glückwünschen umgeben konnte.

Der Kaiserthumstag wegen der Straßengewalt des Vortages beschäftigt noch immer unsere lebhafteste öffentliche Meinung. Nicht allein die deutsche Presse hat sich mit ganz überwiegender Mehrheit (selbst die namhaftesten conservativen Organe nicht ausgenommen) gegen den Entwurf, so wie er vorliegt, ausgesprochen, sondern auch die auswärtige hat fast einstimmig denselben in einer Weise verurtheilt, die zum Theil für unser deutsches Nationalgefühl wenig angenehm war, um so weniger, als wir uns außer Stande sahen, darauf etwas zu erwidern. Einer neuesten, offenbar officieilen Rundgebung in der „Post“ zufolge scheint nun der Reichskanzler, vielleicht doch stübig gemacht durch jenes so unangünstige öffentliche Verdict, selbst nicht mehr auf der Vorlage, so wie sie ist, beharren, vielmehr zu Abänderungen derselben die Hand bieten zu wollen. Freilich lassen sich dadurch die Nachtheile, die durch das Hinauswerfen jenes so weitgehenden Gesetzesentwurfs in die Deffentlichkeit unstreitig geschaffen werden, die Erregung und Verwirrung, die er im deut-

drücker und letzter Band freilich noch nicht erschienen und vielleicht nicht einmal vollendet ist.“

Der Ursprung des Petroleum.

Bis auf den heutigen Tag nahm, sagt die Volkszeitung, die Welt an, das Petroleum sei das Destillationsproduct ausgebehneter Kohlenlager, weshalb es ja auch vielfach als Kohlenöl bezeichnet wurde. Die Veranlassung hierzu gaben wol hauptsächlich die in Pennsylvania in der Nähe kolossaler Kohlenlager zu Tage tretenden Delquellen.

Heute tritt A. Töllner in Newyork auf und stellt die gewagte Behauptung auf: „Erdöl ist nicht durch einen Destillationsproceß entstanden, hat mit Kohle nichts gemein, sondern ist das Assimilationsproduct von Korallen — es ist Korallenöl.“ Töllner führt dies weiter, wie folgt, aus:

Immenses Gewicht und seitlicher Druck haben die Zellen der Korallen gesprengt und zusammengepreßt — das Del ward frei und floß ab. Myriaden dieser kleinen Infusorien ähnlichen Thiere sind demnach in einer der ersten Bildungsperioden unsers Planeten als Aufspeicherer unserer vornehmsten Lichtquelle, als Hauptleuchter unsers Daseins zu betrachten.

Die alten tafelförmigen Felsenkorallen der Hamiltongruppe in der devonischen Formation (nach Professor Owen etwa 129 an der Zahl) scheinen 121 Del bergende Species zu enthalten. Im Vollstunde tragen sie den Namen „Honeycomb Rock“ oder „Wienenzellenfelsen“, weil die Structur den Wienenzellen oder Waben ähnelt.

Dr. Jakob Dubs †.

Ueber den am 13. Jan. verstorbenen Bundesrichter Dr. Jakob Dubs entnehmen wir einer Correspondenz der angeburger Allgemeinen Zeitung aus Zürich Folgendes:

„Jakob Dubs wurde 1822 in Affoltern am Albis geboren als der Sohn eines angesehenen Landmanns. Nachdem er seine juristischen Studien auf den Universitäten von Zürich, Bern und Heidelberg absolvirt hatte, wurde er 1846 außerordentlicher Cantonal-Verhörsrichter. Kurze Zeit darauf begann er auch seine politische Thätigkeit. Schon 1847 wählte ihn seine Heimatgemeinde in den Großen Rath, wo er gegen die conservativ Partei entschieden Front machte, ebenso entschieden aber auch gegen die socialdemokratische Fraktion. Der Parteikampf endete 1854 mit einem vollständigen Siege Dubs', der nun in den Regierungsrath gewählt und 1855, als Dr. Alfred Escher den Staatsdienst verließ, an die Spitze dieser Behörde gestellt wurde. Sechs Jahre hindurch leitete er das zürcherische Erziehungswesen und schuf für den Canton ein neues Gesetz über den gesammten Unterricht. Bedeutendes Aufsehen erregte sein 1855 im Druck erschienener „Entwurf eines Strafgesetzbuches für den Canton Zürich mit einer erläuternden Einleitung“.

Der Kreis Zürich schickte ihn 1849 als Abgeordneten in den Nationalrath, welchem er 1854 präsidirte. Nach dem Tode Furrer's (1861) wählte ihn die Bundesversammlung zum Bundesrath, und 1864 wurde er zum ersten mal Bundespräsident, in welcher Stellung er namentlich für den französisch-schweizeri-

schen Handelsvertrag eintrat. Auch als Vorsteher des eidgenössischen Justizdepartements entfaltete er eine reiche Thätigkeit. Namentlich suchte er die Ungleichheiten der Gesetzgebung der 22 Cantone in verschiedenen Zweigen etwas zu heben.

Dubs war kein Gegner der Revision der Bundesverfassung von 1848; allein mit den Tendenzen des Revisionsentwurfs von 1872 vermochte er sich nicht zu befreunden; er war ein entschiedener Föderalist und wollte nicht, daß der schweizerische Bundesstaat in den Einheitsstaat übergeführt werde, was die damals herrschende demokratische Richtung mehr oder weniger beworft anstrebte. Dubs kämpfte deshalb heftig gegen die neue Revision an, aber weder in der Bundesversammlung noch im Bundesrath vermochte er mit seinen Ansichten mehr durchzubringen und legte deshalb seine Stelle nieder.

Dubs, der dreimal die Würde eines Bundespräsidenten bekleidet hatte, trat nun an die Spitze der Opposition, als er von den föderalistischen Waadtländern in den Nationalrath gewählt wurde. Schließlich kam ein Ausgleich zwischen den haberdenden Liberalen zu Stande, der zur Bundesrevision von 1874 führte, die vom Volke und von den Ständen mit großer Mehrheit angenommen wurde. Dubs legte derselben nichts in den Weg, aber so recht vermochte er sich mit den weitgehenden Neuerungen doch nicht zu befreunden. Deshalb nahm er 1876 gern eine Wahl in das Bundesgericht an, die ihn dem aufregenden politischen Leben entzog.

Bekannt ist sein gründliches Werk „Deffentliches Recht der schweizerischen Eidgenossenschaft“, dessen

irzen
solche an-
Aufnahme-
vornehmen.
15. Pe-
litions-
ein. Das
[98-96]
irector.
n.
et hiermit
welche die
wieder gibt.
bulgarischen
[199]
Gegensatz
Romanen
„Die schönste
Pforte“ kommt
die Ende
Samer erlö-
berühende
ihre
e solcher,
Gebildet
ne Gade.
Stein-
b. Bahnh.
graphen-
edienst.)
ten.
Claud
sche.
Brünberg.
l. Marie
aufmann
tmann-
hemmig.
hime in
ath in
lms in
ector. P.
ohn. —
bei D.
nna sch
Franz.
ter. —
ter. —
ohn.
in Leip-
cher in
st, geb.
nn Karl
chneorr
e Fried-
pzig.
r, geb.
Leipzig.

ichen Volke angeflistet, die Kränkungen vom Auslande, denen er und fast waffenlos ausgesetzt hat, nicht ungeschick machen, und immer ist es bedenklich, wenn von maßgebender Stelle aus so einschneidende Aenderungen in der Gesetzgebung ohne Noth angeregt werden, indem dadurch das Vertrauen der Nation auf die Stetigkeit seiner Gesetzgebung, welche doch von so großem Werthe für den Stand des öffentlichen Geistes ist, unmöglich gewinnen kann.

Welchen Erfolg die im preussischen Abgeordnetenhaus und in der württembergischen II. Kammer gemachten Versuche haben werden, auf die Einzelregierungen und durch diese auf den Bundesrath einen Einfluß im Sinne der Ablehnung jenes Entwurfs zu üben, steht noch dahin. Das Recht der Einzellandtage, auf diesem Wege, wenn sie es können, auf die Reichsgesetzgebung einzuwirken, ist zwar grundsätzlich nicht schlechthin zu bestreiten, allein seine Anwendung sollte nur mit größter Vorsicht und nur in alleräußersten Fällen der Noth stattfinden, und wir glauben nicht, daß hier ein solcher Fall der Noth vorliegt, da der Reichstag diesem Entwurfe keinesfalls seine Zustimmung gibt.

Die Eröffnung des Reichstages steht nach der Provinzial-Correspondenz zum 12. Febr. zu erwarten. Im preussischen Abgeordnetenhaus gab ein Angriff der Centrumpartei auf die Schulverwaltung dem Unterrichtsminister Dr. Falk Gelegenheit, seine Grundsätze in Leitung des Schulwesens sowie die nach denselben getroffenen Maßregeln in trefflicher eingehender Rede zu entwickeln und zu vertheidigen. Die große Mehrheit des Hauses und ebenso die ganze nicht in extremen Anschauungen besangene Presse sollte diesen Ausführungen ihren vollen Beifall.

Eine andere wichtige Debatte des Abgeordnetenhauses, gleichfalls hervorgerufen vom Centrum, war die wegen Wiederherstellung der Wuchergesetze. Wie sehr auch dabei die Erscheinungen einer wucherischen Ausbeutung Einzelner durch gewissenlose Halsabschneider beklagt wurden, so überwog doch die Ansicht, daß eine Beschränkung des Zinsfußes auf ein gewisses Maß oder eine Beschränkung der Wechselbarkeit auf bestimmte Berufsklassen das Uebel nicht verhüten, ja, zum Theil nur größeres Uebel schaffen und gerade denen, welchen man helfen wollte, Nachtheile bereiten möchte. Der Antrag ward daher mit großer Mehrheit abgelehnt.

In der bairischen II. Kammer stand derselbe Gegenstand zur Verhandlung; dort ward aber ein Antrag, der die Dringlichkeit gesetzgeberischer Maßregeln in dieser Richtung aussprach, angenommen. Die Regierungsvertreter sprachen sich gegen eine Wiederherstellung der Wuchergesetze und der Beschränkung der Wechselbarkeit aus.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus begann und dauert noch fort die Debatte über den Berliner Vertrag. Es ist ein eigenthümliches Schauspiel, zu sehen, wie eine große parlamentarische Versammlung allen Ernstes darüber beräth, ob ein Vertrag gültig sei, den die Großmächte Europas abgeschlossen haben und der bereits in den wichtigsten Punkten ausgeführt ist. Natürlich ist die Annahme des Vertrages zweifellos.

In der großen europäischen Politik war es in vergangener Woche still. Die Verhandlungen zwischen Rußland und der Türkei wegen der noch rückständigen Auseinandersetzungen zwischen beiden Staaten hatten,

wie wiederholt gemeldet ward, einen günstigen Verlauf, was auch darin seine Bestätigung zu finden schien, daß zur Heimkehr der noch auf türkischem Boden befindlichen russischen Truppen in die Heimat ernstliche Anstalten getroffen wurden; dennoch steht der wirkliche Abschluß des Vertrags noch immer aus, angeblich weil in dem Punkte wegen der Kriegsschuldigung sich neue Anstände ergeben haben.

Den französischen Kammern ist das Programm des Ministeriums, welches wir schon in unserer vorigen Wochenschau als in Aussicht stehend bezeichnen konnten, nun wirklich zugegangen. Wir haben dasselbe in der vorletzten Nummer mitgetheilt. Die Aufnahme des Programms war im Senat (der bekanntlich jetzt auch in seiner großen Mehrheit republikanisch zusammengefaßt ist) eine günstige, in der Kammer der Deputirten eine getheilte. Die fertigeschrittene Linie findet dasselbe ungenügend. Auf heute ist die Debatte darüber festgesetzt. Wahrscheinlich wird das Ministerium im Wege der Erläuterung, vielleicht auch hier und da einer erweiternden Entwicklung des Programms den Widerspruch jener Gruppe, so weit es kann, zu beschwichtigen suchen. Daß schließlich eine Mehrheit für das Programm und somit ein Vertrauensvotum für das gegenwärtige Ministerium in beiden Kammern zu Stande kommen wird, ist, wie es scheint, die in Paris vorherrschende Ansicht.

Erst nach dem Ausfalle dieser Debatte wird sich beurtheilen lassen, welche Richtung der Politik, namentlich der innern, diejenige ist, welche von der französischen Regierung in der nächsten Zeit befolgt werden wird. Denn nachdem beide gesetzgebende Körperschaften einen streng republikanischen Charakter angenommen haben, erscheint eine andere Politik als eine solche, welche in diesen Körperschaften und insbesondere in der eigentlichen Volksvertretung die Mehrheit für sich hat, nahezu unmöglich.

Der unerwartet eingetretene Tod des Prinzen Heinrich der Niederlande, der erst ganz vor kurzem sich mit einer Tochter des Prinzen Friedrich Karl von Preußen vermählt hatte, erregte schmerzliche Theilnahme auch in Deutschland nicht nur wegen der allgemein anerkannten trefflichen Eigenschaften des Prinzen und seiner großen Verdienste um das stammverwandte luxemburgische Land, sondern auch darum, weil man in ihm einen einflussreichen Vermittler zwischen Deutschland und Holland erblickte, dem es gelingen würde, so manches jenseits noch bestehende grundlose Vorurtheil gegen das neue Deutsche Reich glücklich zu beseitigen.

Das braunschweigische Regentenschaftsgesetz.

Der dem braunschweigischen Landtage seitens der Regierung zugegangene Gesetzentwurf, die provisorische Ordnung der Regentenschaftsverhältnisse bei einer Thronerledigung betreffend, dessen Hauptbestimmungen wir schon früher wiedergegeben, lautet wörtlich so:

Von Gottes Gnaden, Wir Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg etc., erlassen zur Ergänzung der Landesverfassung mit Zustimmung der Landesversammlung das nachfolgende Gesetz:

§. 1. Um bei eintretender Erledigung des Thrones die verfassungsmäßige Verwaltung des Herzogthums für den Fall gegen Störungen zu sichern, daß der erbberechtigte Thronfolger abwesend oder sonst am sofortigen Regierungsantritt verhindert sein sollte, tritt eine provisorische Regentenschaft mit dem Titel „Regentenschaftsrath“ ein, welche

aus den stimmführenden Mitgliedern des herzoglichen Staatsministeriums, den jedesmaligen Präsidenten der Landesversammlung und dem Präsidenten des Obergerichts (künftig des Oberlandesgerichtes) bestehen soll. Als Präsident der Landesversammlung gilt für den Fall der Thronerledigung bis zur Neuwahl — falls aber der Landtag zur Zeit der Thronerledigung in Function sein sollte, der Präsident der tagenden Landesversammlung. Bei eintretenden Behinderungen von längerer Dauer fungiren für die genannten Präsidenten deren Vertreter, die Vicepräsidenten, über deren Berufung der Regentenschaftsrath beschließt.

§. 2. Ueber die Frage, ob bei in §. 1 vorgesehene Abwesenheits- und Behinderungsfall vorliegt, ist vom herzoglichen Staatsministerium Beschluß zu fassen, welches im Bejahungsfall die Regentenschaftsrath einberuft. Der constituirte Regentenschaftsrath hat seine Constituirung durch die Gesetz- und Verordnungs-Sammlung und die Braunschweiger Anzeigen zur öffentlichen Kenntniß zu bringen und unverzüglich die Landesversammlung einzuberufen.

§. 3. Der Regentenschaftsrath führt die Regierung mit allen Rechten und Pflichten einer Regierungsvormundschaft oder Regierungsverwesung — abt jedoch 1) das Recht der verfassungsmäßigen Gesetzgebung mit der Beschränkung, daß Verfassungsänderungen während der Dauer der provisorischen Regentenschaft nicht stattfinden sollen — und wird 2) Orden und Titel, welche nicht mit einem verlebten Amte nach Ueblichkeit verbunden sind, nicht verleihen. Der Regentenschaftsrath wird 3) den Bundesfürsten Sr. Maj. den Kaiser ersuchen, über die Anstellung der dem Landesfürsten verlebten militärischen Oberbefehlsrechte während der Dauer der provisorischen Regierungsvewesung die von ihm für erforderlich erachteten Anordnungen zu treffen. 4) Sollte infolge des Ausscheidens eines stimmführenden Mitgliedes des herzoglichen Staatsministeriums die Berufung eines stimmführenden Mitgliedes des herzoglichen Staatsministeriums erforderlich werden, so geschieht solche durch den Regentenschaftsrath für die Dauer der provisorischen Landesverwaltung unter gleichzeitiger Regelung der Gehalts- und eventuell Pensionverhältnisse des Berufenen.

5) Die für den Bedarf des Landesfürsten verfassungsmäßig und vertragmäßig vom Reinertrage des Kammergutes abzuführende Summe etc. wird fortgezahlt, und der Regentenschaftsrath bestimmt über deren Verwendung mit thunlichster Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse. 6) Die Geschäftsabhandlung im Regentenschaftsrathe ist unter dem Vorhabe des Vorsitzenden herzoglichen Staatsministeriums als oberster Landesverwaltungsbehörde, ingleichen die Befugnisse der einzelnen Ministerialdepartements — cf. §. 158 der Neuen Landeshauptverfassung — bleiben unverändert. Zur Beschlussfassung im Regentenschaftsrathe genügt die Zahl von drei Mitgliedern, von denen zwei zu den Mitgliedern des herzoglichen Staatsministeriums gehören müssen. Die Beschlüsse und Verfügungen des Regentenschaftsrathes sind nur vollziehbar, wenn sie mit der Contrasignatur eines stimmführenden Mitgliedes des herzoglichen Staatsministeriums versehen sind (cf. die §§. 156 und 158 der Neuen Landeshauptverfassung). Bei Beschlüssen, welche in Ansehung der evangelischen Kirchengewalt zu fassen sind, haben sich Mitglieder des Regentenschaftsrathes, welche nicht der evangelisch-lutherischen Kirche angehören, der Mitwirkung zu enthalten.

§. 4. Die provisorische Regentenschaft hört auf, sobald entweder der nicht weiter an der actualen Ausübung der Regierung behinderte Thronfolger seinen Regierungsantritt neben Ertheilung der Reversalen verkündigt und die Thronerledigung angeordnet haben wird — oder bei andauernder Behinderung des Thronfolgers ein zur Regentenschaft Berechtigter die Regentenschaft übernommen und diese Regentenschaftsübernahme für die Dauer der noch fortbauenden Behinderung des Thronfolgers am Regierungsantritt durch ein Patent neben Ausstellung der Reversalen verkündigt hat.

§. 5. Sollte der Regierungsantritt des Thronfolgers oder die Uebernahme der Regierungsvewesung durch einen berechtigten Regenten nicht innerhalb eines Jahres seit der Thronerledigung stattgefunden haben, so wählt die Landesversammlung den Regenten auf den Vorschlag des Regentenschaftsrathes aus den volljährigen, nicht regierenden Prinzen der zum Deutschen Reiche gehörenden souveränen Fürstenthümer, welcher sodann die Regierungsvewesung bis zum

Diese Ablagerungen sind sehr stark, und zwar stärker als die Steinkohlenlager, über den Erdboden verbreitet. Bedeckte die Steinkohlenepoche einst doch nur Inseln in der kolossalen devonischen Formation rings um den Erdball!

In Nordamerika tritt die stragende Koralle an verschiedenen Stellen zu Tage, wie z. B. zu Smokes Creek in Mitteltennessee, im Solarienkalkstein zu Williamsville, in Penn Yan im Staate Newyork, in der Nähe von Idaho Springs in Colorado und mehreren andern Orten. In Montmorence, Canada und Watertown, Newyork, tropft das Del in klaren Tropfen aus den fossilen Korallen, bei Sonnenschein eine steile Thalmwand hinunterfließend.

Durch Hebungen und Senkungen der Erdoberfläche und Pressungen benachbarter Lager wurden die Zellen der Biennenzell- oder Delskorallen durchbrochen und zerfällt. Das Del rieselte in den unterliegenden bituminösen Sandstein, der es wie ein Schwamm aufzog, um es zu halten; aber er ließ es durch und es füllte dann die Höhlen in den untern Kalksteinlagern. In diesen Bassins oder im Sandsteine wird es jetzt vom Bohrer gewöhnlich angetroffen, um als selbstfließender Quell oder durch Pumpwerke gehoben zu werden. In seltenen Fällen mag es durch Cahallorität oder Gas und Wasserdruck auch in neuern höhern Schichten gehoben worden sein, wohin es ursprünglich nicht gehört.

Hiernach ist Petroleum also kein Product des Landes oder der Landpflanzen, sondern der See und der Seethiere. Nach allem geologischen Wissen ist es in Menge in und auf der Erdruste, in luftförmiger,

flüssiger, weicher und harter Gestalt vorhanden, sodas die weitgedehnte Berechnung über sein Volumen nicht ausreichte.

Als Gas nährt es die heiligen Feuer zu Vaku; Frebonia, eine Stadt in Newyork, wird mit natürlichem Gas erleuchtet; ein Geschäftsmann zu Penn Yan benutzte es zur Heizung seines Locals, wozu er den vorhandenen Strom noch bei weitem nicht gebraucht. Dieses Gas entsteht, wenn das Erdöl durch Erhitzung im Erdbinnern luftförmig wird.

Das Vorkommen des Deles als flüssige Substanz in America, Europa und Asien ist so allgemein bekannt, daß es hier keiner weitem Erwähnung bedarf.

In einigen Plätzen ist es klar wie Wasser, nahe Titusville, Ohio, dunkelgrün, bei Euniskillen, Westcanada, dick und schwarz wie Theer, ebenso in Südcalfornien, nahe Ventura, wo es noch dazu einen bläulich-braunen Ton annimmt.

Der sogenannte Asphalt ist verdicktes Erdöl, nachdem die Luft die flüchtigen Theile desselben aufgenommen. Im Sommer ist es gewöhnlich weich und sehr klebrig, sodas die Indianer in Westcolorado oft Bären darin fangen, die darin nicht loskommen können, wenn sie hineingerathen. Im Winter dagegen friert es steinhart.

Wesentlich verschieden verhält er sich dagegen in Palästina. Am Todten Meere sollen Beduinen den harten Asphalt vor vielen Jahren mit Inschriften und Zeichnungen bedeckt haben, welche die andauernde Härte bekunden. Auch an einigen Stellen in Virginien, Colorado und Utah ist der Asphalt hart wie Kohlen und beim Bruche glatt und scheinend.

Selbst die berühmte Anthracitkohle stammt nicht von Pflanzensteinkohlen, sondern ist durch Diye metamorphisirte Korallenkohle. Den blüdigsten Beweis liefern die Korallenlager slurischer Schichten in Newcanada, wo sich, wie deutlich wahrzunehmen, bereits Anthracitkohlen (Petroleumkohlen) in den Zellen der Korallen gebildet haben.

Die Stadt London bedeckt (wie das Cornhill Magazine mittheilt) fast 1800 Quadratkilometer oder 180000 Hektaren. Sie enthält mehr aus dem Lande geborene Einwohner als die Grafschaften Devon und Gloucester zusammen (37 Proc. aller Londoner sind nicht in London geboren). Auf je vier Minuten rechnet man eine Geburt, auf je sechs einen Todesfall. Die Stadt vermehrt sich täglich um 206 Personen, jährlich um 75000. Die Straßen haben die Länge von 11270 Kilometer; jedes Jahr läßt 25 Kilometer neuer Straßen und 9000 neue Häuser entstehen. Im Londoner Hafen befinden sich täglich 1000 Schiffe und 9000 Seelente. Verhaftet werden jährlich 73000 Personen. Fremde in London zählt man beträchtlich mehr als 100000. London hat mehr Katholiken als Rom, mehr Juden als Palästina, mehr Irländer als Belfast, mehr Schotten als Aberdeen, mehr Welsche als Cardiff. Alle Vierhäuser, in eine Reihe gestellt, würden sich 62 (englische) Meilen lang ausdehnen. Alle londoner Häuser in einer Reihe würden bis über die Stadt York hinausreichen. Bösig Häßlose gibt es in London bis zu der Anzahl, daß jedes Haus von Brighton mit ihnen besetzt werden könnte. Mit Verwunderung werden die Kerker der englischen Sonntagstrübe vernehmen, daß trotz dieser jeden Sonntag Verhaftungen in einer Länge von 108 Kilometer offen stehen.

— Von den „Kerztlichen Sprechstunden, Gesundheitslehre für jedermann, von Dr. Paul Niemeyer, Sanitätsrath und Arzt des „Vereins für vollstehende Gesundheitspflege“ zu Berlin“ (Jena, V. Costenoble), sind nun auch das 3. — 5. Heft erschienen.

Regierung
erfordert
Wesfe
Das
zog
ein
tage
mit
daß
die
sichert
w
betreffs
motivo
d
scheint
der
Reg
gentchaft
Eine
weisbar.
*
Abgeord
des
Die
Wissens
Bei
(3423
Dr. L
die
säm
Reinigu
daß
die
allen
reichen
die
Reg
daß
die
Er
b
terhalten
ausgesch
geführt
Summe
zeugnis
Antrag
den
Fon
stellen
Gebälter
Reg
Bei
schwer
gehalten
halten
der
Wiff
genwärt
solche
Abg
So
gierung
Principie
anshalten
begünst
die
Porz
hat.
Da
werden.
Kunstanst
lungen
sein.
A
schieden
sie
sind
gehören
staates
worfen
neben
wie
theu
Geh
Motiven
„einstwei
werde
die
Höhe
zu
Abg
Antrag
in
den
G
Abg
den
Fon
hinan
seine
Pr
richtet.
aber
gar
Tit.
Bei
verweist
hände
de
sien
die
dürfnis
Jahr
als
dem
war
bau.
E
man
mit
hält
die
in
Ausfl
Tit.
Bei
bringt
w
welche
na
Kunstwe

Regierungsantritt des Thronfolgers fortführt. Eine etwa erforderliche Wiederholung der Wahl findet in gleicher Weise statt. Alle, so. Urkundlich zc.

Das unter ausdrücklicher Ermächtigung des Herzogs eingebrachte Regentenschaftsgesetz ging dem Landtage mit einem Schreiben zu, in welchem betont wird, daß die Fortführung der selbständigen Regierung gesichert werden soll, ohne daß die berechtigten Ansprüche betreffs der Thronfolge berührt werden. Als Hauptmotiv der Vorlage wird angegeben, daß höchst wahrscheinlich eine längere Zeit verstreichen werde, bevor der Regierungsantritt des Thronfolgers oder die Regentenschaftsübernahme durch den Berechtigten erfolgt. Eine provisorische Regelung erscheine daher unabwendbar.

Vom preussischen Landtage.

* Berlin, 18. Jan. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Verathung des Etats des Kultusministeriums fortgesetzt.

Die Verathung beginnt bei Kap. 126: Kunst und Wissenschaft 2,610,233 M.

Bei Tit. 1—6: Kunstmuseen in Berlin 663,627 M. (3423 M. weniger als im Vorjahre), bringt Abg. Dr. Lutteroth zunächst zur Sprache, daß am Montag die sämtlichen berliner Kunstgalerien zum Zwecke der Reinigung geschlossen sind. Er bittet, dafür zu sorgen, daß die allerdings notwendige Reinigung nicht bei allen Kunstgalerien auf einen Tag falle, um den zahlreichen Fremden Gelegenheit zu geben, auch am Montag die Kunstschätze besichtigen zu können.

Regierungscommissar Geheimrath Schöne erwidert, daß die Frage in Erwägung gezogen werden soll.

Abg. Dr. Mommsen:

Er behauert, daß der Fonds zur Vermehrung und Unterhaltung der Sammlung, für welchen bisher 325,000 M. ausgesetzt waren, um einen Bruchtheil, nämlich um 150,000 M. gekürzt worden sei. Er glaube, der Gewinn dieser kleinen Summe werde schwer erlauft werden durch das Armuthszuguth, welches wir uns damit ausstellen. Er wolle keinen Antrag daran knüpfen, aber er hoffe, daß die Regierung den Fonds mindestens in seiner früheren Höhe wiederherstellen werde. Redner wünscht sodann eine Erhöhung der Gehälter für die Assistenten bei den Museen.

Regierungscommissar Geheimrath Schöne:

Bei der gegenwärtigen Nothlage, die auf allen Gebieten schwer drückt, habe es die Staatsregierung für bedenklich gehalten, den Fonds in seiner früheren Höhe aufrecht zu erhalten. Was sodann die Frage wegen der Gehaltserhöhung der Assistenten anlangt, so müßte er auch hier auf die gegenwärtige unglückliche Geschäftsverhältnisse, die eine solche Erhöhung zur Zeit nicht gestattet.

Abg. Kaufmann:

Es könnten leicht Zweifel darüber entstehen, ob die Regierung bei der Vertheilung der Fonds auch von richtigen Principien ausgehe. Man müßte die verschiedenen Kunstanstalten unter Einem Gesichtspunkte betrachten. Er (Redner) begrüßt es mit Freuden, daß die Regierung die Fonds für die Porzellanmanufaktur und das Gewerbemuseum erhöht hat. Daraus könnte aber leicht die Forderung gezogen werden, als ob die Regierung sich mehr für die praktischen Kunstanstalten als für die wissenschaftlichen Kunstsammlungen interessire. Es würde das ein großes Mißverständnis sein. Alle Kunstanstalten verfolgen, wenn auch auf verschiedenen Wegen, dasselbe Ziel, die Bildung des Volkes, sie sind von eminent volkswirtschaftlicher Bedeutung und gehören zu den notwendigsten Requiriten eines Culturstaates. Die für den Ankauf von Kunstschätzen ausgesetzte Summe erscheint allerdings knapp, weil sie auf sieben Abtheilungen vertheilt wird, und wenn man erwägt, wie theuer jetzt der Ankauf von Kunstgegenständen ist.

Geheimrath Schöne erwidert, daß schon in den Motiven die Herabsetzung der Summe nur als eine „einstweilige“ bezeichnet wird. Sobald es thunlich, werde die Regierung den Fonds gern auf seine frühere Höhe zu bringen suchen.

Abg. Petri behält sich für die dritte Lesung einen Antrag vor, den Fonds wieder in seiner früheren Höhe in den Etat einzustellen.

Abg. Niderst warnt auf das dringendste davor, den Fonds gegen den Willen der Regierung zu erhöhen. Er hätte mit Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage auf dringend notwendige Ausgaben für seine Provinz, selbst auf solche von 3000 M. verzichtet. Bei diesem Fonds komme es auf 15000 M. aber gar nicht an.

Tit. 1—6 werden genehmigt.

Bei Tit. 7—11: Königl. Bibliothek zu Berlin, verweist Abg. Mommsen auf die unerträglichen Zustände der hiesigen Bibliothek. Schon vor 20 Jahren seien die Räume unzulänglich gewesen, das Bedürfnis für einen Neubau hätte sich von Jahr zu Jahr als ein unabwendbares herausgestellt, und trotzdem warte man noch immer vergeblich auf den Neubau. Er glaube es auch kaum noch zu erleben, daß man mit dem Bau beginnen werde, denn noch immer hält die Schwadron an der Stelle Wache, wo derselbe in Aussicht genommen ist.

Tit. 7—11 werden bewilligt.

Bei Tit. 12—16: Nationalgalerie in Berlin, bringt Abg. Götting mehrere Mißstände zur Sprache, welche nach seiner Meinung sich bei dem Ankauf von Kunstwerken für die Nationalgalerie herausgestellt ha-

ben. Namentlich tadelt er, daß Kunstwerke auf Bestellung gegeben werden.

Geheimrath Schöne erwidert, daß nur in sehr seltenen Fällen solche Bestellungen gemacht worden seien. Man könne von bedeutenden Künstlern, die sich im Vollbesitze der Schaffenskraft befinden, nicht verlangen, daß sie das eigene Risiko für große Werke übernehmen sollen.

Tit. 12—16 werden ebenfalls genehmigt.

Bei Tit. 17—20: Geodätisches Institut zu Berlin, bedauert Abg. Sombart, daß noch immer nicht ein geeigneter Platz für den Bau des Instituts gefunden worden. Er schlägt für denselben den neuen Thiergarten vor.

Abg. Schmidt-Stettin empfiehlt eine Vereinigung des Geodätischen Instituts mit dem Astrophysikalischen Observatorium in Potsdam. Er will das Geodätische Institut von allen denjenigen Arbeiten befreit wissen, die der Landesvermessung zugehören.

Tit. 17—20 werden bewilligt.

Bei Tit. 21—23: Astrophysikalisches Observatorium zu Potsdam, empfiehlt Abg. Schmidt-Sagan dieses Institut und die hiesige Sternwarte dem besondern Wohlwollen des Hauses.

Bei Tit. 33: Zu Anlässen von Kunstwerken für die Nationalgalerie 300,000 M., wünscht Abg. Kaufmann, daß auch die christliche Historienmalerei Berücksichtigung finden möge. Er bedauert namentlich, daß die Düsseldorf'sche christliche Kunstschule nur mit einem Gemälde vertreten ist, obgleich sie es längst verdient habe, eine würdige Stellung in diesem deutschen Kunsttempel einzunehmen.

Bei Tit. 35: Zur Conservirung der Alterthümer in den Rheinlanden 12000 M., bringt Abg. Knebel einige Uebelstände bei den Provinzialmuseen in Trier und Bonn zur Sprache. Das bonner Museum sei zerrissen und dem Publikum gar nicht zugänglich; er bittet deshalb die Regierung, diesen Uebelständen ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, die Provinzialvertretung werde gern bereit sein, einen Zuschuß zu den Baukosten zu bewilligen.

Der Tit. 35 wird sodann bewilligt, ebenso Tit. 66: Zu Kosten für die Bewachung und Unterhaltung von Denkmälern und Alterthümern 10870 M., ohne Debatte genehmigt.

Tit. 37, ebenso 38—45 werden bewilligt.

Zu Kap. 127: Cultus und Unterricht gemeinsam 6,376,208 M., nimmt zunächst

Abg. v. Meyer-Arnswalde Gelegenheit, auf die Rede des Ministers Dr. Falk zurückzukommen. Derselbe habe die Angaben des Redners über die Affaire mit dem Oberlehrer Müller in Pippstadt als unrichtig bezeichnet. Diefem Dementi gegenüber hält der Redner seine neulichen Angaben im wesentlichen aufrecht. Er verweist auf die Ergebnisse des gerichtlichen Verfahrens in dem Proceß gegen den „Reichsboten“.

Cultusminister Dr. Falk hat die Ergebnisse dieses Gerichtsverfahrens nicht gekannt, als er gestern seine Aufforderung an den Vorredner richtete, gewisse Aeußerungen zurückzunehmen. Nach dem vom Vorredner aus den Acten Mitgetheilten sei die Aufforderung allerdings hinfällig geworden.

Abg. Franßen kommt auf das Verhältniß des altkatholischen Dekans der Universität Bonn zu den dortigen Studirenden der katholischen Theologie zurück und meint, daß seine (des Redners) neulichen Angaben keineswegs widerlegt seien:

Es beständen dort allerdings Zustände, die dem katholischen Bewußtsein unerträglich seien. Die Gegner des Katholicismus müßten doch etwas rücksichtsvoller sein, wenigstens gegen die Person des Papstes selbst, denn wer brauche ihn denn mehr als sie? (Heiterkeit.) Habe denn z. B. der Abg. Petri schon jemals eine kirchenpolitische Rede gehalten, ohne den Papst zum Mittelpunkt zu machen? (Heiterkeit.) Leider sei aber den Professoren an der päpstlichen Universität Bonn die Person des Papstes öfter Gegenstand des Spottes. So habe in einem von Professoren unterzeichneten Wahlauftruf die allen Katholiken heilige Persönlichkeit des Oberhauptes der Kirche freche, niederträchtige Beleidigungen erfahren. (Lärm.) Und eine in Bonn existirende Privatgesellschaft, an der sich Professor Dr. Obernier betheiligt, habe eine Maskerade veranstaltet, die, aus Blasphemie freisend, in einer alten Weibern ziernenden Weise das Conclave und Kircheneinrichtungen verhöhnt habe. (Lärm.)

Cultusminister Dr. Falk:

Gestatten Sie mir zunächst, nach meinem persönlichen Empfinden die Wahrnehmung auszusprechen, daß in den letzten Jahren die Grenzen der Ausdrücke, die im Parlament gegen wehrlose Abwesende zulässig sind, sich bedenklich erweitert haben. (Lebhafte Zustimmung.) Zur Sache selbst muß ich die Klagen des Vorredners als entstellt und übertrieben zurückweisen, namentlich die in Bezug auf die Privatgesellschaft, in der die Person des Papstes lächerlich gemacht sein solle und welcher ein Professor der Universität Bonn beigezogen habe. Dr. Franßen hätte besser die Klagen an die Centralinstanz als an das Haus bringen sollen. (Beifall.)

Präsident v. Bennigsen:

Mit dem Herrn Minister bin auch ich der Meinung, daß es nicht wünschenswerth ist, wenn in Bezug auf Personen, die weder im Hause sitzen noch Mitglieder der Regierung sind, derartige Ausdrücke gebraucht werden. Ich bin in dem bezeichneten Fall aber nicht in der Lage, ein-

schreiten zu können, ich muß es vielmehr den einzelnen Mitgliedern des Hauses überlassen, wie weit sie glauben solche Ausdrücke verantworten zu können vor sich und den Privilegien des Hauses. (Beifall.)

Abg. Franßen:

Ich habe aber keinen andern Ausdruck für ein derartiges Benehmen, als das Wort Frechheit. (Lärm.)

Präsident v. Bennigsen behauert, daß der Redner die eben gerügten Ausdrücke unmittelbar darauf zur wiederholen für gut fand. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Dr. Raffe:

Meine Mitbürger in Bonn werden mir das Zeugniß geben, daß ich weder in Bonn noch auch hier im Hause mich an den Streitigkeiten des sogenannten Culturkampfes in hervorragender Weise betheiligt habe. Aber der Vorredner hat Mitglieder eines Collegiums, dem angegehört ich mir zur Ehre rechne, mit Worten bezeichnet, die ich nicht näher charakterisiren mag. (Beifall.) Er hat von Blasphemie, Frechheit, Niedertracht, Gemeinheit, Wäschweiberei zc. gesprochen. Die Thatfachen, auf die er sich beruft, sind ein Wahlauftruf, dessen Beurtheilung ich getroffen dem Hause überlassen kann, der mir aber über die Ausdrücke nicht hinausgehen scheint, die in den Parteikämpfen oft vorkommen. Eine weitere Thatfache, die der Redner angeführt hat, war mir neu, ich habe in diesem Augenblicke zum ersten mal davon gehört. (Bewegung. Hört!) Ich weise darauf hin, daß der Professor Obernier bis zu dieser Stunde noch Arzt ist am „katholischen Hospital“ in Bonn, einer Anstalt durchaus confessionellen Charakters, geleitet von Männern, die durchaus zur Partei des Hrn. Franßen gehören. Diese haben also keine Veranlassung gefunden, den Arzt seines Vertrauenspostens zu entheben in Folge des angeblichen Vorganges. Der frühere Oberbürgermeister Kaufmann wird mir das bestätigen können. Unter diesen Umständen glaube ich in der That keine andere Antwort geben zu können als die, welche einst ein französischer Minister gab: „Häufen Sie immer das Maß Ihrer Injurien, Sie werden niemals das Maß unserer Verachtung erreichen.“ (Lebhafte Beifall.)

Präsident v. Bennigsen:

Ich habe Ausdrücke wie die letzten vorhin passiren lassen, weil sie auf außerhalb des Hauses Stehende gingen. Auf Mitglieder des Hauses angewandt, muß ich sie jedoch als unparlamentarisch bezeichnen.

Abg. Bachem appellirt unter großer Unruhe des Hauses an das Urtheil der Abg. Dr. Birchow und Dr. Raffe, ob sie es billigen können, daß die Professoren der bonner Universität, ihrer Stellung ganz vergehend, in so provocirender Weise Wahlauftrufe unterzeichnet haben:

Redner behauptet, der politische und confessionelle Ealt sei von den bonner altkatholischen Professoren in höchstem Grade verletzt worden. Diese Herren hätten durch ihr Gebahren der katholischen Bevölkerung ins Gesicht geschlagen. Die Interessen der Universität hätten entschieden darunter gelitten. Seit dem Jahre 1868 habe der Besuch der Universität bedeutend abgenommen, die Zahl der Studirenden sich actenmäßig um 400 vermindert. Die Staatsregierung versumme ihre Pflicht, wenn sie solchen Zuständen gegenüber die Augen verschliesse. (Unruhe.)

Abg. Frhr. v. Fürth behauptet, wenn es so fortgehe, würden die katholischen Aeltern gezwungen sein, ihre Söhne zum Studium in das Ausland zu schicken.

Regierungscommissar Geheimrath Goppert:

Aus den Angriffen der Vorredner gehe deutlich hervor, daß ihnen das Ansehen der Universität Bonn, ganz im Gegentheil zu ihren Behauptungen, gar nicht am Herzen liege. Die Behauptungen des Abg. Bachem über den Rückgang der Frequenz der Universität seien ganz unrichtig. Seit dem Jahre 1868 habe die Universität im ganzen ungefähr 60 Hörer verloren. Der Grund hierfür liege aber in ganz andern Verhältnissen, als der Abg. Bachem meine.

Abg. Dr. Birchow:

Weder der Sache noch dem Lande wird durch diese Art der Discussion gebient. Die Gegner scheinen in inquisitorischer Art, in sanatischer Weise, unter großem Speciale das Urtheil irritiren zu wollen. Sind so verwerfliche Fälle vorgekommen, wie die Redner des Centrums meinen, dann liegt der Weg der Beschwerde bei der Verwaltungsoberbehörde und dann der Weg des Processus vor; den müßen Sie betreten, wenn Sie recht zu haben vermeinen, nicht aber mit unqualificirbaren Injurien, und noch dazu gegen Abwesende, von der Tribüne herab um sich werfen. Bedenken Sie doch, meine Herren, dieselbe Hand, die über dem Reichstage ist, lastet auch auf uns, es handelt sich doch wirklich darum — und auch der Herr Cultusminister hat mit Recht darauf hingewiesen — unsere parlamentarische Disciplin zu discreditiren. Ich für meine Person bin gern bereit, dem Herrn Präsidenten eine größere Anwesenheit zu gewähren, ich will ihm gern ein größeres Recht zubilligen, besonders wenn es sich um injuriöse Ausdrücke gegen Abwesende handelt, und jede mögliche Remede wäre mir genehm. Der Abg. Bachem hat nun wegen erlassener Wahlauftrufe ausdrücklich an mein Urtheil appellirt, aber in diesem Punkte hat doch unsere Partei das meiste erduldet, darin sind wir sehr abgehärtet; ich persönlich bin am schärfsten angegriffen worden, und wenn ich so empfindlich wäre wie Sie, würde ich keine ruhige Nacht mehr haben. (Weiterkeit.) In diesen Dingen möchte ich Sie bitten, daß wir uns gegenseitig stärken und uns die Last tragen lassen. Nun aber, was den Fall anlangt, so erinnere ich Sie zunächst daran, daß gerade in der katholischen Kirche die Traditionen in solchen Dingen etwas lofer sind. Ihre Kirche (zum Centrum) hat den Carneval erfunden, und es wäre mir ein Leichtes, wenn ich einen Tag in der Bibliothek zubringen wollte, eine Anzahl von Fällen zu excerpiren, in denen zu allen Zeiten zur Carnevalszeit von den besten Katholiken Blasphemien nicht nur gegen den Papst, sondern sogar gegen Gott ausgeprochen wurden. Diese Lustigkeit, ja ich sage diese Lascivität, ist besonders am Rhein immer im Schwange gewesen, von den Saturnalien durch das Mittelalter hindurch mit seinen Festspielen. Der lustige Rheinländer mit beweglichem Gemüth sollte doch hier im Hause von seinem Mitcarnevalsbruder nicht so hart angegriffen werden (große Heiterkeit), zumal es

Ich um ein Privatvorlesung handelt, das hier an die Öffentlichkeit gezogen wird; schlagen Sie doch an Ihre eigene Brust und fragen Sie sich, was Sie vielleicht selbst zur Zeit des vorigen Carnevals gethan haben. (Weiterkeit.) Aber Sie sind jetzt im Stadium der Nervosität. Wenn heute das Gedicht „Der Paps lebt herrlich in der Welt“ gebichtet würde, würden Sie sofort zum Staatsanwalt laufen. (Weiterkeit.) Ich komme zum Falle des Oberlehrers Müller. Dem Falle stehe ich höchst unbefangenen gegenüber, ich habe vorhergesehen, daß es so kommen würde, ich hielt es bereits vor Jahren auf einer Naturforscherversammlung für gerathen, ein warnendes Wort zu sprechen. Ich halte gewiß dafür, daß es nicht zu dulden ist, Hypothesen vorzutragen und einer bestimmten religiösen Ueberzeugung entgegenzutreten. Aber dem Falle gegenüber hat der Herr Minister völlig seine Schuldigkeit gethan. Sie in dem wahren politischen Kapital aus der Sache schlagen, Sie wollen den Herrn Müller aus dem Amte, womöglich aus dem Lande jagen. Das ist doch ungeheuer gefährlich; erst müssen Sie mindestens abwarten, wie sich der Mann nach der Admonition verhält. Zu dem kommt, daß es doch keine Lobspende ist, wenn ein Lehrer glaubt lehren zu können, was bedeutende wissenschaftliche Autoritäten lehren. Meine ersten Arbeiten galten auch der Widerlegung der früher unbefreiten Naturphilosophie, für deren Gegner auch das Wort galt: Anathema sit; aber solche Bewegungen innerhalb der Wissenschaft lassen sich nicht von Staats wegen hemmen; es ist eine Frage der Wissenschaft, und die Wissenschaft wird ihre Aufgabe lösen.

Ich muß auch daran erinnern, daß Wissenschaft und Religion sich recht oft widersprechen; der Weg von Galilei bis Copernicus ist doch nicht wegzulegen. Kant wollte allerdings für die Bibel gegen Galilei eintreten, aber die katholische Kirche, die einst Galilei verurtheilte, erkennt ihn heute an und hält sich sogar einen Copernicaner. Ebenso mußte die Kirche sich doch, nachdem es Nagelbaen gezeigt hatte, dazu bequemen, die Kugelgestalt der Erde anzuerkennen. Und die Kirche wird nach und nach immer mehr Kriome der Wissenschaft anerkennen müssen. Ich erbehe offen als Vertreter der Wissenschaft den Anspruch, dem Glauben Schranken zu setzen. (Hört!) Wenn erst einmal die Descendenztheorie als wissenschaftlich richtig nachgewiesen sein wird, dann fällt die Geschichte von Adam und Eva trotz all Ihres Sträubens zusammen. (Widerspruch.) Sie müssen auf den Affen kommen. (Unruhe.) Wenn Sie den Anspruch erheben, den Staat nach den Anforderungen von Dogmen einzurichten, dann müssen Sie eben die ganze Wissenschaft mit dem Schwamm wegwischen. Denn der Gegensatz zwischen Glauben und Wissen ist nicht fortzuschaffen. Aber darum brauchen wir doch nicht persönlich gegeneinander feindselig zu sein. Nur Wahrheit und Gerechtigkeit sind wir einander zu jeder Zeit schuldig. Und da bitte ich festzuhalten, daß man der Wahrheit niemals ein Dogma gegenüberstellen kann. Sie mögen Ihren Glauben behalten, aber wir müssen uns gegenseitig respectiren, nicht darf es so weiter gehen, daß, wenn wir mit der Friedentoga ankommen, Sie den Kriegswall umhängen. So bitte ich denn schließlich, lassen Sie den Kampf um große Principien nicht in kleinlichen Geheißigkeiten aufgehen. (Beifall links.)

Abg. Dauzenberg:
Die tiefverletzten Gefühle der Katholiken haben durch die dem Oberlehrer Müller in Pippstadt erteilte Rüge nicht völlige Genugthuung erfahren, die Sache konnte also nicht ohne Spectakel, wie Hr. Birchow wollte, im bloßen Verwaltungsweg beigelegt werden. Die Behauptung, die katholische Kirche habe den Carneval erfunden, ist absolut falsch; die katholische Kirche an sich hat mit dem Carneval nichts zu thun. Des ursprünglichen Begriffs des Carnevals: „Allen Wohl, Niemand Weh!“ haben sich übrigens die Katholiken nicht zu schämen, sondern können sich dessen rühmen. Die katholische Kirche braucht sich auch ihres Bestrebungen für die Wissenschaft nicht zu schämen. Der Vorwurf der Nervosität kann uns kaum treffen; denn was wir Katholiken an Anfeindungen und Verfolgungen draußen und hier erduldet haben, das hätte kein Schwachnerviger ertragen! (Zustimmung im Centrum.) Im weiteren kommt Redner auf den schon im Vorjahre von ihm erwähnten Fall mit dem Schulrath Lauer zu sprechen, der, obgleich Antikatholik und verheiratet, doch als Schulrath nach den Rheinlanden versetzt sei. In diesem Vorgehen liege eine prononcirt Misachtung der Gefühle der dortigen katholischen Bevölkerung.

Regierungskommissar Geheimrath Stauder:
Der zuletzt gedachte Fall ist bereits im vorigen Jahre hier behandelt worden. Das Disciplinargesetz gibt keine Handhabe zum Einschreiten gegen einen Beamten deswegen, weil er in dem Stand der heiligen Ehe treten will. Die Wirksamkeit des Schulraths hat auch in diesem Jahre zu irgendeiner Admonition keinen Anlaß gegeben. Zwang gegen ihn kann folglich nicht ausgeübt werden. Verlegen und zur Disposition stellen kann außerdem nur der Minister, nicht der Regierungskommissar.

Abg. Dr. Paur bedauert, daß der Fall mit dem Oberlehrer Dr. Müller schon dreimal hier im Hause in die Debatte gezogen sei. Redner verliest hierauf aus dem Sterne'schen Buch „Werden und Vergehen“ wörtlich die Stellen, welche den Anlagen des Centrums gegen genannten Lehrer zur Unterlage zu dienen, und weist an der Hand der Lektüre den Vorwurf der Frechheit, den der Abg. v. Meyer-Arnold gegen den Lehrer erhoben habe, als unbegründet und ungehörlich zurück. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Windthorst-Meppen bleibt den Ausführungen des Vorredners gegenüber dabei stehen, daß das Verfahren des Oberlehrers Müller incorrect war:
Jungen Leuten, deren Ausbildung noch nicht abgeschlossen sei, dürfe man nicht mit dergleichen Theorien und Hypothesen kommen. Was die Professoren in Bonn angeht, so wünscht der Redner, daß dieselben künftighin mehr die constitutionellen Gefühle, die im Rheinlande die herrschenden sind, achten und schonen möchten. Der Redner möchte nur eine Stunde Minister sein, so wollte er schon dafür sorgen, daß das Haus rein gemacht würde. (Weiterkeit.) Es dürfe nicht fortandern, daß die Gefühle der Katholiken absichtlich und bewußt verletzt werden. Der Redner wünscht hier eine ebenso große Energie entwickelt zu sehen, wie sie nentlich vom Hause und vom Regierungsgesicht aus bekundet wurde bei Erwähnung eines in Frankfurt a. M. gebräuchlichen Lehr-

buchs. In Weßfalen existire aber heute noch ein Katechismus, in dem die heilige Messe „eine vermaledeite Abgötterei“ genannt werde. Sollte bei solchen Beschwerden keine Abhilfe statthaben? Die religiösen Gefühle der Katholiken verlangten gleiche Schonung wie die der Protestanten.

Regierungskommissar Geheimrath Dr. Schneider fährt an, daß dem letzten Wunsche des Vorredners schon vor sechs Jahren vom Cultusminister entsprochen sei. (Weiterkeit.) Der Heidelberger Katechismus, welcher den gebrauchten Ausdruck enthalte, sei 1872 durch die allgemeinen Bestimmungen aus der Volksschule verwiesen.

Abg. Dr. Lasker beklagt den Gang der Debatte, der zu Ausdrücken geführt habe, die sonst in wohlgebildeter Gesellschaft nicht üblich seien:

Dr. v. Meyer habe das Verdienst, den Ausdruck Frechheit in das parlamentarische Leben eingeführt zu haben. Was den lippstadt'schen Fall angeht, so stehe in der Kohlenstoffgeschichte sogar eine seine Ironie auf die Gelehrten, die mit ihren Schulworten alle Fragen lösen wollen. Sachlich habe ein evangelischer berühmter Geistlicher, Herder, ganz analoge Theorien der Kosmogonie entwickelt; aber das dürfte Hr. v. Meyer unbekannt sein. (Weiterkeit.) Wenn ein derartiger Geist der Kritik die Schule beherrschen sollte, so würde „Faust“ z. B. in einzelnen Stellen für die Schule unumgänglich werden, ja wir würden bald dahin kommen, vor Europa als ein uncivilisirtes Volk zu gelten. Der Redner warnt, die politischen und religiösen Kämpfe in der Art zu führen, wie es nentlich mit der Ausbeutung des Wortes „gute Revolutionäre“ geschehen sei. Aufmerksame und gutwillige Zuhörer verständen den Ausdruck wohl, aber man habe ihn politisch und tendenziös ausgenutzt. Rehnliches scheine es auch mit den aus dem Sterne'schen Buche herausgerissenen Citaten auf sich zu haben.

Die Discussion wird hierauf geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. v. Meyer-Arnold bleibt bei seiner Behauptung stehen, daß die Stelle aus Carus Sterne eine Travestie des Evangeliums sei. „Abg. Dr. Lasker wirft mir Mangel an Höflichkeit vor; ein Mann aber, der behauptet, ich hätte keine physikalischen und chemischen Kenntnisse, ich kenne Herder nicht, ist kein Professor der Pöflichkeit für mich!“ (Großer Lärm links; Zustimmung rechts.)

Nach fernern persönlichen Bemerkungen der Abg. Frhr. v. Fürth, Bachem und Franßen nimmt Abg. Dr. Lasker die gegen Hr. v. Meyer ausgesprochenen Zweifel bezüglich der physikalischen und chemischen Kenntnisse desselben zurück, da Hr. v. Meyer selbst versichere, sie zu haben, auch zu wissen, daß schon Herder die Kosmogonie in demselben Sinne wie Carus Sterne aufgefaßt habe. (Große Weiterkeit links.)

Die Abg. Windthorst und Schröder-Pippstadt sowie Abg. Dauzenberg bemängeln die Manier des Abg. Dr. Lasker, immer die Methode des Centrums anzugreifen, wenn er sachlich keine Widerlegung vorbringen könne. Abg. Schröder meint, der Abg. Dr. Lasker habe nach Verabredung mit dem Cultusminister das Wort ergriffen.

Abg. Dr. Lasker verwarft sich gegen diese Insinuation mit aller Entschiedenheit.

Abg. Schröder-Pippstadt behauptet, nur gesagt zu haben, der Abg. Dr. Lasker habe „vielleicht“ im Einverständnis mit dem Cultusminister gehandelt (lebhafter Widerspruch rechts), und beruft sich auf den stenographischen Bericht.

Hierauf wird Tit. 1, Kap. 127 angenommen und ein Vertagungsantrag genehmigt.

Gegen den Widerspruch der Abg. Dauzenberg und Windthorst-Meppen, welche die Ansicht vertreten, daß nach einer fast siebenstündigen Sitzung die meisten Mitglieder physisch erschöpft seien, wird hierauf die nächste Sitzung zur Fortsetzung der Berathung des Etats des Cultusministeriums auf heute Abend 8 Uhr angesetzt.

In der Abend Sitzung beginnt die Berathung des Cultusetats mit Tit. 3 des Kap. 127: 3,305,731 M. zur Verbesserung der äußern Lage der Geistlichen aller Bekenntnisse.

Abg. Windthorst-Meppen beantragt, diesen Fonds auch den jüdischen Religionsdienern zugute kommen zu lassen.

Geheimrath Lucanus beruft sich darauf, daß nach der Entstehungsart des Fonds derselbe nur für Geistliche im Sinne des Landrechts, d. h. für Kirchendiener der christlichen Confessionen bestimmt sei.

Auf den Antrag des Abg. Magdzinski wird der Antrag Windthorst der Budgetcommission überwiesen.

Beim Tit. 15: 500,000 M. zur Entschädigung der Geistlichen u. c. für den Ausfall der Stolgebühren, beantragt Abg. Tschow, die Mittel auch zu Weisküssen an solche Kirchengemeinden zu verwenden, in denen die Stolgebühren ganz oder zum Theil aufgehoben sind, so lange und insoweit die bisher empfangsberechtigten Geistlichen u. c. im Amte verbleiben.

Abg. Gringmuth wünscht, daß die Geistlichen der jährlich einzureichenden Liquidationen entbunden wären, in denen sie den Ausfall an Stolgebühren speciell nachweisen müssen; der ihnen zustehende Betrag könnte ja nach dem Durchschnitt der letzten Jahre berechnet werden.

Abg. Miquel tritt diesem Wunsche bei, weil die bisherige Weise des Verfahrens zu großen Weitläufig-

keiten führe. Bei der Aenderung würde auch der Regierung eine Arbeitverleichterung erwachsen. Redner empfiehlt gleichfalls die Annahme des Tschow'schen Antrags.

Geheimrath Bahlmann bemerkt, auch die Regierung wünsche eine Vereinfachung der Entschädigungsstellung und werde wahrscheinlich den vom Abg. Gringmuth bezeichneten Weg einschlagen. Mit dem Antrage Tschow ist die Regierung einverstanden.

Abg. Frhr. v. Hammerstein wünscht eine baldige generelle gesetzliche Regelung der Stolgebührenfrage. Der Antrag Tschow und mit demselben der Titel wird genehmigt.

Es folgt Kap. 127: Medicinalwesen.

Abg. Frhr. v. Heereman:

Er könne nicht verstehen, wie man die kaiserlichen zur Krankenpflege bestimmten Genossenschaften habe aufheben können, deren Mitglieder sich gänzlich den Werken der Barmherzigkeit widmen, und die überall die höchste Anerkennung gefunden haben. Redner verweist auf die Pflege der Verwundeten im Kriege, die einen größern Patriotismus beweise als alles Gelingen. Der Versuch, die Krankenpflege der Barmherzigen Schwestern durch Privatverrichtungen zu ersetzen, sei kläglich gescheitert. Redner tadelt, daß die Regierung sich zu sehr in die innern Angelegenheiten dieser kaiserlichen Genossenschaften mische und besonders nach den Gründen forsche, aus denen Verlegungen einzelner Schwestern erfolgen; das sei keine Aufsicht mehr. Die Behörden seien auch gar nicht in der Lage, die Bedürfnisfrage zu beurtheilen. Redner bittet, in dieser Beziehung eine Milderung eintreten zu lassen, was ja dem Cultusminister leicht sein würde, und auch das Haus könnte, ohne Verletzung seiner Principien, hierbei seinem guten Herzen freien Lauf lassen. Je mehr man dieser werththätigen Nächstenliebe der Schwestern freien Spielraum lasse, desto weniger Anlaß zu socialistischen Bestrebungen sei vorhanden.

Cultusminister Dr. Falk:

Das sogenannte Ordensgesetz ist gerade bei diesem Punkte sehr miß ausgeführt worden; alle Niederlassungen, welche nur irgendwo e der Krankenpflege sich widmeten, sind bestehen geblieben. (Hört!) Es wird allerdings eine Aufsicht geübt, aber es sollte zum größten Theil nur festgestellt werden, ob die betreffende Anstalt sich wirklich der Krankenpflege widme.

Abg. Löwe-Bochum:

Er könne unter Anerkennung der segensreichen Wirksamkeit der Schwestern constatiren, daß das Ordensgesetz in Betreff der Krankenpflege mit größter Mühe, vielleicht mit zu großer Lausheit ausgeführt sei. Das Centrum spreche so, als ob Werke der Barmherzigkeit nur von den Barmherzigen Schwestern geübt werden, während doch das Gegentheil der Fall sei.

Abg. v. Chlapowski tritt den Klagen des Abg. v. Heereman bei.

Abg. Windthorst-Meppen:

Wenn man die segensreiche Wirksamkeit der Barmherzigen Schwestern anerkennt, weshalb dann diese mißtrauische Polizeiaufsicht? Weßhalb dann das Verbot neuer Niederlassungen? Es ist himmelschreiend, daß im 19. Jahrhundert in Preußen ein Gesetz mit solchen barbarischen Bestimmungen erlassen werden konnte.

Präsident v. Bennigsen bezeichnet den Ausdruck „barbarisch“ als unparlamentarisch.

Abg. Windthorst-Meppen:

Ich weiß in der That keinen andern Ausdruck dafür; wenn mir der Herr Präsident einen solchen suppediren wollte, so wäre ich ihm sehr dankbar.

Präsident v. Bennigsen:

Dazu ist der Präsident nicht da, einem Redner einen fehlenden Ausdruck zu suppediren. Solange ein Gesetz besteht, sind Sie nicht berechtigt, dasselbe zu schmäheln; der Ausdruck ging über die zulässige Kritik des Gesetzes hinaus.

Abg. Windthorst-Meppen weist besonders darauf hin, daß man die Parität nicht achte; denn den Diakonissen sei gestattet, was man den katholischen Ordensschwestern verbiete.

Geheimrath Lucanus:

Die evangelischen Diakonissen sind keine Ordensschwestern, sondern weltliche Krankenpflegerinnen.

Das Kap. 128 wird genehmigt.

Beim Kap. 129: Allgemeine Fonds, erklärt Abg. Windthorst-Meppen, daß er beabsichtigt hätte, bei diesen Positionen die Frage der Simultanen zur Sprache zu bringen; aber sie sei ihm viel zu ernst, als daß er sie in einer Abend Sitzung besprechen wollte; er halte sich dies für die dritte Lesung vor.

Das Haus genehmigt dieses Kapitel sowie die einzelnen Titel des Extraordinariums.

Damit ist der Etat des Cultusministeriums exclusive des Kap. 126a: Technisches Unterrichtswesen, erledigt.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfes betreffend die Befähigung zum höhern Verwaltungsdienste. Die Abg. Köppler-Göttingen und Dr. Rasse empfehlen die weitere Berathung der Vorlage im Plenum, weil dieselbe schon mehrmals der Berathung beider Häuser unterlegen habe, und der einzige Differenzpunkt, die Vorbildung der Landräthe, in derselben nicht enthalten sei.

Abg. Windthorst-Vielefeld hofft, daß gerade über diesen Punkt eine Verständigung erzielt wird.

Damit ist die erste Berathung erledigt.

Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. Tagesordnung: Kap. 126a des Cultusetats betreffend das technische Unterrichtswesen und Gesetzentwurf betreffend die Befähigung zum höhern Verwaltungsdienste.

Der neuesten Schreibung denfelben zeichneten Linie nicht Interesse bei dem mehr der schaftliche spielte? Wege des Programm möglich f auf Nahrh fabrikate schaftlich als es zu machen.“ „Damit f gangsbabg Schweiz wäre. W fers Tari und die mehr schu durch sol nisse wir lassen, we unferer Kreise, f Krisis mi unferer gef hier werdb gangsbabg Theorie; Handhabu — Die einem zwei was neuer darf man der Wunsch den papst l r ich l i lebendig is begrüße d neigung z Anknüpfun Das Schr sei ein sol beständlich nach Anst die Enchel Frage des heit und staatlichen nicht gege litens“ geh Geiste der der Regier von der la legt worden famen Kun sei zu hoff postiven p Beachtung lken in P — Der H theilung u In uner Mitglieder u dem Wasse, Commission Stoff nicht i sondern es i dem im Reic sammeten I durch wird b maßhamer a kommt noch, notwendig n Anzahl von z überwieße folge ihrer le können, doch tiggerer Tarife darf. Nachb itische Thätig zu zeigen, w worden ist. schlichen W praktischer Er welche vorher hinzu, daß ei durch die Bun ihrer Stellung nur mit der z zuhelfen, so i revisionscomm Schlußfen und wartet oder b dem Bericht de

Deutsches Reich.

Der Verfasser der Politischen Correspondenz im neuesten Hefte der Preussischen Jahrbücher hat von dem Schreiben des Reichskanzlers vom 15. Dec. genau denselben Eindruck, den wir sogleich als den unsern bezeichneten, nämlich, „daß für den Reichskanzler in erster Linie nicht das Interesse des Schutzzollens, sondern das Interesse der finanziellen Reform steht und daß auch bei dem Vorschlag einer allgemeinen Eingangszollabgabe mehr der gehoffte Ertrag von 80 Mill. als der wirtschaftliche Nutzen einer solchen Maßregel eine Rolle spielte.“ „Ist dem so“, fährt er fort, „so sind die Wege des Compromisses mit den Gesichtspunkten des Programms nicht ausgeschlossen. Vielmehr wird es möglich sein, die Eingangszollabgaben auf Rohstoffe und auf Nahrungsmittel nicht bloß, sondern auch auf Halbfabrikate so weit herabzusetzen, oder, wo dies wirtschaftlich geboten scheint, darauf so weit zu verzichten, als es zum Ersatz dafür gelingt, die Erträge aus dem Taback und aus andern Finanzartikeln ergiebiger zu machen.“ Freilich setzt der Verfasser dann noch hinzu: „Damit soll nicht gesagt sein, daß eine allgemeine Eingangszollabgabe mit mäßigen Sätzen, wie sie z. B. die Schweiz hat, nicht der sorgfältigen Erwägung werth wäre. Wir werden überhaupt bei der Aufstellung unserer Tarifes der Lage Rechnung tragen müssen, welche uns die Nachbarstaaten durch ihr Eintreten in eine mehr schutzöllnerische Strömung bereitet haben. Nur durch solche nüchternen Beachtung der realen Verhältnisse wird sich der Schaden einigermaßen abwenden lassen, welcher aus der Neigung eines großen Theils unserer gewerbetreibenden und landwirtschaftlichen Kreise, sich zur Ueberwindung der wirtschaftlichen Krisis mitten in den Schutzzoll hineinzustürzen, für unsere gesunde Entwicklung erwachsen kann.“ Aber hier werden Retorsionszölle und allgemeine Grenzübergangszollabgaben vermisch, die doch nicht bloß in der Theorie, sondern namentlich auch in ihrer praktischen Handhabung weit voneinander verschieden sind.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung spricht in einem zweifelsohne officiösen Artikel aus: „Nach allem, was neuerdings in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, darf man in der That überzeugt sein, daß nicht bloß der Wunsch, sondern seit der Berufung Leo's XIII. auf den päpstlichen Stuhl auch die Hoffnung auf den kirchlichen Frieden innerhalb unserer Regierung lebendig ist.“ Bei dem neuen Papste anerkennen und begrüße die Regierung freudig eine aufrichtige Hingewandlung zum Frieden, wenn auch greifbare praktische Anknüpfungspunkte dafür noch nicht gegeben seien. Das Schreiben an den früheren Erzbischof von Köln sei ein solcher nicht, weil nicht an einen noch im Amte befindlichen preussischen Bischof gerichtet. Dagegen ist, nach Ansicht der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, die Encyclica „von unmittelbarer Bedeutung für die Frage des kirchlichen Friedens, da sie mit größter Klarheit und Entschiedenheit den Katholiken ein Gebiet staatlichen Wirkens bezeichnet, welches unzweifelhaft nicht gegen den Glauben und die Pflichten der Katholiken geht und auf welchem sie nach dem ganzen Geiste der Encyclica unbedingt verpflichtet wären mit der Regierung zusammenzuwirken, — eine Pflicht, die von der katholischen Partei seither aus schwerer Verlegt worden ist.“ Nach den wiederholten hochbedeutenden Kundgebungen der Friedensneigung des Papstes sei zu hoffen, „daß dieselben demnächst auch einen positiven praktischen Ausdruck und zugleich eine ernste Beachtung und Nachfolge in dem Verhalten der Katholiken in Preußen und Deutschland finden werden.“

Der National-Zeitung ging die folgende Mitteilung über die Tarifcommission zu: In unerwarteter Fülle häuft sich das Material um die Mitglieder und Referenten der Tarifrevisionscommission in dem Maße, in welchem die Arbeiten fortschreiten. Der Commission ist nämlich der für die Revision notwendige Stoff nicht in einer fertig vorbereiteten Form zugegangen, sondern es ist den Referenten überlassen, sich denselben aus dem im Reichskanzleramt seit einer Reihe von Jahren gesammelten Material selbst nach Bedarf anzuschauen. Dadurch wird die denselben obliegende Aufgabe natürlich eine mühsamere als im andern Falle und zeitraubende. Dazu kommt noch, daß die Menge der zu revidierenden Tarife es notwendig machte, jedem einzelnen Referenten eine größere Anzahl von Referenten von mehr oder weniger Bedeutung zu überwachen, so daß, wenn einzelne Gegenstände auch infolge ihrer leichteren Uebersichtlichkeit leicht erledigt werden können, doch jeder einzelne Referent zur Bewältigung wichtigerer Tarife geräumere Zeit und eingehender Studien bedarf. Nachdem die Commission schon seit 14 Tagen in praktischer Thätigkeit getreten ist, beginnt sich eine Erscheinung zu zeigen, welche in ähnlichen Fällen schon häufig beobachtet worden ist. Die Arbeiten der Referenten an der Hand sachlichen Materials und auf der Grundlage jahrelanger praktischer Erfahrungen führen ganz von selbst zu Schlüssen, welche vorher nicht vermuthet wurden. Rechnet man noch hinzu, daß eine große Anzahl von Commissionenmitgliedern durch die Bundesstaaten nicht etwa unter dem Gesichtspunkt ihrer Stellung als Schutzöllner oder Freihändler, sondern nur mit der Absicht ernannt wurde, den Reichsfinanzen aufzuhelfen, so liegt die Wahrscheinlichkeit nahe, daß die Tarifrevisionscommission in vielen einzelnen Punkten zu andern Schlüssen und Resultaten kommen werde, als von ihr erwartet oder bestritten wurde — ein Vorgang, welcher in dem Bericht der Tabacksenquôte-Commission einen Präcedenz-

fall hat. Wann die nächste Sitzung abgehalten wird, läßt sich auch annähernd noch nicht übersehen. — Der „Post“ zufolge wird vom Reichskanzler ein Antrag an den Bundesrath vorbereitet, welcher die Regulierung der Eisenbahntarife auf dem Wege der Gesetzgebung nach Analogie der Posttarife bezweckt. Nach letztern sind (abgesehen von dem Ausnahmetarif für Päckereien unter 5 Kilogramm) die Portosätze unter Berücksichtigung von Gewicht und Entfernung nach Zonen festgestellt. Für den Verkehr innerhalb Deutschlands gibt es sechs Zonen: 10, 20, 50, 100, 150 und über 150 geographische Meilen; für jedes Kilogramm über 5 Kilogramm sind in der entsprechenden Zone beziehentlich 5, 10, 20, 30, 40 und 50 Pf. zu entrichten. Nach demselben Princip sind für Päckereien nach Oesterreich-Ungarn zwölf weitere Progressionsätze normirt. Der Einheitsatz pro Meile verringert sich successive mit der zunehmenden Entfernung, es ist aber die Möglichkeit ausgeschlossen, daß irgendwie Transporte auf einer längern Strecke billiger befördert werden können als auf einer kürzern. Die Frage der Differentialtarife wäre damit allerdings auf die einfachste Weise gelöst.

Wie wiener Berichten zu entnehmen, ist der Zwischenfall in Kopenhagen bei der Hochzeit des Herzogs von Cumberland durch eine Entschuldigung des dänischen Cabinetts beglichen worden. Daß der Verstoß gegen die Rücksichten, welche das völkerrechtliche Verhältniß auferlegt, beigelegt ist, bestätigt sich auch durch die bevorstehende Rückkehr des deutschen Gesandten nach Kopenhagen. Die National-Zeitung bemerkt hierzu: „Die „Welfenfrage“, welche durch jenen Vorfall nicht minder wie durch die Verhandlungen des braunschweiger Landtags in Fluß gebracht worden ist, hat durch das Auftreten des Herzogs von Cumberland selbst ihre definitive Lösung gefunden. Der hannoverische Prinz war bei dem Tode seines Vaters vor die Wahl gestellt, den staatsrechtlichen Zustand in Deutschland anzuerkennen oder ihn zu verwerfen. Selbst die Möglichkeit, seinen Entschluß in Schwere zu halten, hat der Herzog von Cumberland verschmäht. Er hat sich offen als Gegner des Bestehenden, als Prätendent erklärt, in diesem Geiste unterhält er die Agitation in Hannover. Von einem solchen Standpunkt gibt es keine Rückkehr, und es ist selbstverständlich, daß der Herzog von Cumberland die Konsequenzen des Kriegszustandes übernehmen muß, in den er getreten ist. Daß das Reich weder einen erklärten Gegner seiner grundlegenden Einrichtungen als Mitglied dulden, noch mit einem Zustande sich zurechtfinden kann, der zu Gunsten des hannoverischen Prätendenten ein unabsehbares Provisorium schaffen würde, scheint uns keines Beweises zu bedürfen. Die Ordnung der künftigen Regierung Braunschweigs, ob Annexion an Preußen, Reichsland oder wie sonst, ist eine Angelegenheit, welche die braunschweigische Bevölkerung selbstverständlich ganz besonders interessiert, für das übrige Reich aber eine Nebenfrage bildet.“

Die „Post“ bemerkt: „Die Times hat seit kurzem in Berlin statt ihres früheren bewährten Correspondenten einen neuen, der sich durch eine selbst bei einem Engländer seltene Befangenheit auszeichnet. Derselbe telegraphirt heute seinem Blatte, der Generalpostmeister Dr. Stephan sei nach Friedrichsruh zum Fürsten Bismarck abgereist. Es gehe ein Gerücht, der Fürst bereite der Welt eine neue Ueberraschung vor, die ihr den Athem benehmen werde. Er wolle nämlich ein Gesetz beantragen, demzufolge alle Briefe an der Grenze geöffnet werden dürften, damit kein Verrath und keine freihändlerischen Anschauungen ins Land geschmuggelt werden könnten.“ (!)

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 wurden verboten: die in London herausgegebene, von Johann Most redigirte periodische Druckchrift „Freiheit“, socialdemokratisches Organ; die von Joseph Barbord in Wien herausgegebene und verlegte nicht-periodische Druckchrift „Oesterreichischer Arbeiter-Kalender für das Jahr 1879“.

Preußen. Mit Bezug auf die Debatte im Abgeordnetenhaus sagt die National-Zeitung vom 18. Jan: „Vorgänge, wie sie leider heute das Abgeordnetenhaus zeigt, sind Angriffe gegen die Stellung des Parlamentarismus, deren Schwere kaum übertroffen werden kann, auf deren Gefahren wir wiederholt und dringend hingewiesen haben, wie wir leider unausgesetzt zu betonen genöthigt sind, die Handhaben zu der gefährlichsten aller Reactionen: der Reaction von unten. Möge das Bewußtsein dieser Gefahr endlich auf allen Seiten zum Durchbruch kommen!“ Die Ordnungsführung kam (s. oben) von ultramontaner Seite.

Baiern. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 18. Jan. wurde die Verathung des Antrages des Abg. Schels auf Erlass von Gesetzen gegen den Wucher und zur Beschränkung der Wechselfähigkeit fortgesetzt. Der Justizminister v. Fänstle erklärte, daß die Regierung sich bereits seit längerer Zeit mit der Frage beschäftigt habe, und sprach sich sodann

gegen eine civilrechtliche Beschränkung des Zinsmaximums aus. Der Minister betonte hierbei, daß strafrechtliche Maßregeln vielleicht eine wirksamere Abhilfe bieten würden. Indes dürfe man sich über die Wirkungen der etwa zu ergreifenden Maßregeln keinen zu großen Illusionen hingeben. Der Minister des Innern v. Pfeuffer trat den Ausführungen des Justizministers bei und wandte sich gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Schels. Letztern gegenüber legte der Minister die wirtschaftlichen Verhältnisse Baierns eingehend dar und bestritt auf Grund genauer statistischer Erhebungen die Behauptung, daß das Land der Verarmung entgegengehe. Nach längerer Debatte zog der Abg. Pfahler seinen Antrag auf gesetzliche Feststellung des Zinsmaximums und strafrechtliche Ahndung jeder Ueberschreitung desselben zurück. Der Antrag des Abg. Schmidt, welcher unverzügliche Abhilfe auf dem Wege der Gesetzgebung und zugleich Maßregeln zur Hebung des landwirtschaftlichen Credits verlangte, wurde schließlich mit überwiegender Majorität angenommen.

Oesterreich-Ungarn.

Bei der Fortsetzung der Generaldebatte über den Berliner Vertrag im österreichischen Abgeordnetenhaus am 17. Jan. erklärt Abg. Max Frhr. v. Rübeld sich unbedingt für Annahme des Berliner Vertrages: Die Politik des Grafen Andrassy war vollkommen richtig, und Oesterreich muß ihm dafür dankbar sein. Eine militärische Demonstration, auf welche viele hingewiesen haben, hätte nicht den Frieden erzwungen, sondern nur uns selbst in den Krieg gezogen. Die Beschlüsse des Congresses von Berlin entsprechen den Interessen Oesterreichs, und auch für die Türkei ist durch das Zusammengehen der Monarchie mit England eine Sicherheit geboten. Die Occupation von Bosnien war eine unbedingte Nothwendigkeit; Graf Andrassy handelte aber sehr loyal, daß er hierfür das Mandat von Europa erwartete.

Abg. Dr. Heilsberg bedauert, daß die schmerzlichen Ereignisse der frühern Zeit die österreichischen Staatsmänner nicht abgehalten haben, wieder alte Bahnen einzuschlagen:

Es sei klagenswerth, daß man trotz reicher Erfahrungen mit Rußland Hand in Hand gehe. Es mühte eigentlich an, daß galizische Bahnbeamte für Verdienste Rußland gegenüber von diesem ausgezeichnet werden. Redner vergleicht die Occupation mit der Besetzung Schleswig-Holsteins. Er polemisiert gegen die Angriffe auf die Competenz des Reichsrathes in Betreff des Vertrages und kritisiert die Thätigkeit und Haltung des Congresses, dessen Mitglieder nur im Interesse der Völker hätten handeln sollen, von denen sie bezahlt werden. Der Redner würde es correct gefunden haben, wenn man den Schuldigen sofort wegen Verletzung der Verfassung zur Rechenschaft gezogen hätte. Er erklärt sich für den Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Frhr. v. Rog: Man soll dem Grafen Andrassy für die Resultate seiner Politik ein freundiges, dankbares Bravo jubeln. Diese Politik war eine echt österreichische, und die Occupation bringt Ehre und auch Nutzen, da sie die Steuerkraft des Staates vermehrt und stärkt. Graf Andrassy hat sich weder zum Russenhass, noch zur Russenfurcht verleiten lassen und ist den richtigen Weg gegangen, der Redner wird für den Majoritätsantrag stimmen.

Abg. Frhr. v. Walterkirchen: Es sei verwerflich, daß Actionen eingeleitet und Zwangslagen geschaffen wurden, welche dem Willen der Völker entgegen sind. Ihm wäre der Absolutismus lieber als der Scheinliberalismus. In Berlin sei über die Völker verfügt worden, ohne sie zu befragen. Die Occupation Bosniens war ein Unrecht und der Krieg ein ganz ungerechter. (Beifall und Oh!) Die Occupation bringe auch keine wirtschaftlichen Vortheile, sondern drohe nur mit Nachtheilen. Sie sei ferner die Quelle fortwährender militärischer Kosten. Er stimme deshalb für den Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Ritter v. Carneri widerlegt die Ausführungen der Opposition, der er programmlose Negation zum Vorwurfe macht. Ihr einziger rechter Minister wäre der Tod. Das Volk habe für die Occupation ein richtiges Verständniß. Er erklärt sich für den Majoritätsantrag.

Abg. Dr. Schaup bekämpft den Antrag der Majorität, der sich über den Werth der Politik des Grafen Andrassy gar nicht äußere, und befürwortet den Antrag der Minorität.

Wie die wiener Abendblätter melden, ist die Einwilligung der französischen Regierung zum Abschluß des Weistbegünstigungsvertrages mit Oesterreich aus Paris eingetroffen.

Der Oesterreichischen Correspondenz zufolge werden im Jahre 1879 die Waffenübungen des stehenden Heeres unterbleiben.

Aus Graz vom 17. Jan. wird der „Presse“ berichtet: „Der politische Arbeiterverein Zukunft wurde behördlich aufgelöst.“

Italien.

Aus Rom vom 17. Jan. wird der Neuen Freien Presse gemeldet: „Fanzulla erfährt, daß Italien jeder Verlängerung der russischen Besetzung Rumeliens unter dem Vorwande, daß die Commissionen unvollendet seien, entschieden entgegengetreten werde.“

Frankreich.

* Paris, 18. Jan. In der republikanischen Presse macht sich eine verschärft ungünstige Stimmung gegen das Ministerium geltend. Die Commentare

auch der... Regierung... die baldige... der Titel... rlichen zur... aufbeben... die Bes... wo ja... das Haus... dieser wer... kann lasse... sei vor... ein Punkt... welche... eine Auf... schließt... Kranken... Wirksam... leicht mit... preche so... nherzigen... theil der... des Abg... überzigen... Nieder... hren... den Be... usdruck... dafür... editoren... er einen... Gesetz... der... hinand... darauf... in Dia... lischen... Bedenke... Abg... diesen... prache... daß... er le... die... exclu... wesen... wufes... ungs... Rasse... Ple... beiz... renz... nicht... über... tech... die

Leipziger Börse.

20. Jan.

Wechsel.

Table with exchange rates for Amsterdam, Brüssel und Antwerpen, London, Paris, Petersburg, and Wien.

Deutsche Fonds.

Table listing various German bonds and securities with their respective values and interest terms.

Bank-Disconto.

Table showing bank discount rates for Amsterdam, London, Paris, and Wien.

Sorten.

Table listing various types of securities and their prices.

Eisenb.-Stamm-Act.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing various stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing railway stocks and their prices.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Dienstag, 21. Jan. Lessing-Feier III. Prolog, von Dr. Friedrich Hofmann, gesprochen von Herrn Gustav Johannes. Emilia Galotti. Trauerspiel in 5 Acten von Lessing. (21. Abonnements-Vorstellung.) Altes Theater. Dienstag, 21. Jan. Der kleine Hertzog. Komische Operette in 3 Acten. Musik von Charles Lecocq.

für nur 2 Mark vierteljährlich
erhält der Abonnent auf
Hallberger's Deutsche
ROMAN-BIBLIOTHEK

in einem Jahrgange mindestens
acht neue Romane erster Schriftsteller.
Der eben beginnende siebente Jahrgang bringt, neben einem interessanten
Feuilleton und einer poetischen Erzählung von Wilhelm Jensen, zunächst folgende
Romane:
Die Heirath des Herrn von Waldenberg von Hans Hoyer.
Sühne und Segen Gregor Samarow.
Auf schiefer Ebene Joh. van Dwall.
Die Seelen der Hallas Emmy von Dindlage.
Dönningshausen Claire von Glümer.

Jede Buchhandlung und jedes Postamt nimmt Bestellungen an.

Verlag von F. J. Brochhaus in Leipzig.

Sieben erschien:

Der Neue Plutarch.

Biographien hervorragender Charaktere der Geschichte,
Literatur und Kunst.

Herausgegeben von
Rudolf von Gottschall.
Sechster Theil.

8. Jeder Theil geh. 6 Mark, geb. 7 Mark.

Inhalt: Der Große Kurfürst. Von Bernhard Erdmannsdorffer. — Herzog von Wellington. Von Reinhold Pauli. — J. C. von Goethe. Von F. von Saarenbach. — John Russell. Von S. Klünder.

Die unter dem Titel „Der Neue Plutarch“ erscheinende Porträtgalerie ausgezeichnetester
Persönlichkeiten, zunächst seit dem Zeitalter der Reformation bis zur Gegenwart, ist bereits
zu einem beliebigen deutschen Haus- und Familienbuch geworden und erfreut sich immer
weiterer Verbreitung. Der soeben erschienene sechste Theil, der von Beiträgen zweier der
namhaftesten Geschichtsschreiber eröffnet wird, darf eine besonders freundliche Aufnahme in
Anspruch nehmen. Prospekte gratis. [179]

„Euterpe.“

VII. Abonnement-Concert
(unter Leitung des Kapellmeisters Herrn
Wilhelm Treiber)
Dienstag, den 21. Januar 1879
im Saale der Buchhändlerbörse
zu Leipzig.

Programm.
Ouverture zur „Braut von Messina“
Rob. Schumann
Concert (E-moll) für Pianoforte F. Chopin
mit Orchester vorgetragen von Fräulein
Anna Verhulst, königl. niederl. Kammer-
virtuosin aus dem Haag.
Symphonie (G-dur) Felix Draeseke
Solostücke für Pianoforte:
a) Gigue **F. Hiller**
b) Spianierlied a. d. steigenden Hol-
länder **Wagner-Liszt**
vorgetragen von Fräulein **Anna Verhulst**
Die Ruinen von Athen **Beethoven**
Hieraus: a) Chor der Derwische,
b) Marsch alla turca,
c) Feierlicher Marsch (mit
Chor).

Klassik 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 9 Uhr.

8. Abonnement-Concert der
„Euterpe“
Dienstag, den 11. Februar 1879. [171]

Königl. Hoftheater zu Dresden.
Repertoire - Entwurf
vom 21. bis 23. Januar.
Altstadt.

Dienstag, 21. Jan. Figaro's Hochzeit.
— Mittwoch, 22. Jan. Prolog. Neu ein-
führt: Miß Sarah Sampson.
Neustadt.

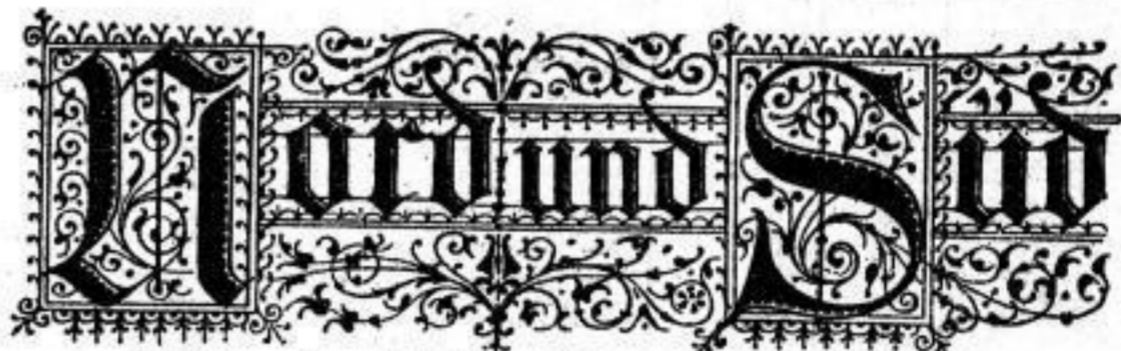
Dienstag, 21. Jan. Doctor Faust. —
Mittwoch, 22. Jan. Ein geübter Kauf-
mann. (Für die Donnerstag-Abonnement-
Vorstellung.) — Donnerstag, 23. Jan.
Waldenpäch. Die Verlassenen. Paula's
Gehemmiß. (Für die ausfallende Sonnabend-
Vorstellung.)

Leipziger Tageskalender
vom 21. Januar.

Eisenbahnfahrten.

Sächsischer Bahnhof. A. Linie Leipzig-Ges.
Abf. 8, 10 (Ges., Ges.), 12, 15 (Ges., Ges.),
17, 20 (Ges., Ges.), 22, 25 (Ges., Ges.),
27, 30 (Ges., Ges.), 32, 35 (Ges., Ges.),
37, 40 (Ges., Ges.), 42, 45 (Ges., Ges.),
47, 50 (Ges., Ges.), 52, 55 (Ges., Ges.),
57, 60 (Ges., Ges.), 62, 65 (Ges., Ges.),
67, 70 (Ges., Ges.), 72, 75 (Ges., Ges.),
77, 80 (Ges., Ges.), 82, 85 (Ges., Ges.),
87, 90 (Ges., Ges.), 92, 95 (Ges., Ges.),
97, 100 (Ges., Ges.).
Berliner Bahnhof. Nach Berlin: Abf. 8, 10, 12, 15, 17, 20, 22, 25, 27, 30, 32, 35, 37, 40, 42, 45, 47, 50, 52, 55, 57, 60, 62, 65, 67, 70, 72, 75, 77, 80, 82, 85, 87, 90, 92, 95, 97, 100.

Verantwortlicher Redacteur: Prof. Dr. Karl Diebmann in Leipzig. — Herausgeber: Dr. Eduard Brochhaus in Leipzig. — Druck und Verlag von F. J. Brochhaus in Leipzig.



Eine deutsche Monatschrift.

Herausgeber: **Paul Lindan** in Berlin. — Verleger: **S. Schottlaender** in Breslau.

Erscheint in monatlichen Heften in elegantester Ausstattung mit je einer Kunstbeilage
in Radirung Legicon's.

Preis pro Quartal (3 Hefte) 3 Mark, pro Jahrgang (12 Hefte) 20 Mark.

Bestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen und Postanstalten entgegen.
Man kann jeder Zeit in das Abonnement eintreten.

Inhalt des soeben ausgegebenen Januar-Heftes 1879:

- I. Rudolph Lindan in Berlin. Gute Gesellschaft, Roman.
- II. Paul Heyse in München. Aus der italienischen Reisemappe.
- III. H. B. Oppenheim in Berlin. Das allgemeine Spinnrecht.
- IV. Wilhelm Lübke in Stuttgart. Die Kultur der Hochrenaissance in Italien.
- V. Eduard Hanslick in Wien. Musik und Musiker in Paris.
- VI. Paul Lindan in Berlin. Julian Schmidt und der „Schillerpreis.“
- VII. Bibliographie.

Hierzu das Portrait Eduard Hanslick's. Abtugung von G. Hof in München.

Ank. Am. 8, 46 (nur von Berlin), Am. 10, 36, Röm. 1, 48, 10, 5, 15 (Witt., 1.—3. Kl.), 11, 15.
Treidner Bahnhof. (Via Riesa.) Abf. 8, 10, 12, 15, 17, 20, 22, 25, 27, 30, 32, 35, 37, 40, 42, 45, 47, 50, 52, 55, 57, 60, 62, 65, 67, 70, 72, 75, 77, 80, 82, 85, 87, 90, 92, 95, 97, 100.
Städtisches Museum (Entrée 50 S.), 10—3 Uhr.
Kunst-Gewerbe-Museum und Vordilberammlung für Kunstgewerbe, Thomaskirchhof 20, Sonntag, 10 bis 1, Montag, Mittwoch, Freitag, 11 bis 1 Uhr Mittags unentgeltlich geöffnet. — Unentgeltl. Auskunst und Entgegennahme von Aufträgen auf Zeichnungen u. Modelle für kunstgew. Arbeiten an allen Wochentagen Mittags 1/2—1/1 Uhr.
Del Vecchio's Kunstausstellung (Kaufhalle 10—4 Uhr).
Telegraphenanstalten:
1. Kaiserl. Telegraphenam (mit ununterbrochenem Dienst bei Tag und Nacht) Kleine Fleischergasse 5.
2. Telegraphenweigamt auf d. Börse, Raschmarkt (geöffnet v. 11 U. B.—3 1/2 U. Röm.).
3. Kaiserl. Postamt Nr. 1, Postg. a. Augustuspl.
4. Kaiserl. Postamt Nr. 2, a. Dresdener Bahnh.
5. Kaiserl. Postamt Nr. 3, a. Vaterl. Bahnh.
6. Kaiserl. Postamt Nr. 4, in der Mühlgasse.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Rudolf Fränzel in Leipzig mit Frä. Anna Müller. — Hr. Robert Hachmet aus Stolpen mit Frä. Marie Schmidt in Oberau bei Wollstein. — Hr. Theodor Reintke in Dresden mit Frä. Johanna Steglich in Niederölsnitz. — Hr. Bernhard Schulze in Frankenberg mit Frä. Clara Diebler in Freiberg. — Hr. Gymnasialoberlehrer Paul Steglich in Juidau mit Frau Elisabeth Wilsner, geb. Pöschel.

Vertraut: Hr. Apotheker Karl Bretschneider in Annaberg mit Frä. Emmy Dietrich. — Hr. Ernst Schmidt in Mödern-Leipzig mit Frä. Anna Diede aus Werleburg.

Geboren: Hr. Lehrer Emil Fesch in Dreßlau ein Sohn. — Hr. Rudolf Wagner in Grimma ein Sohn. — Hr. Georg Wunder in Leipzig ein Sohn.
Gestorben: Frau Friederike verw. Becker in Alrich. — Hr. Johannes Richard Brun in Leipzig. — Frau Charlotte Buchheim, geb. Krause, in Brauerie Croßitz. — Hr. Hermann Göbe in Leipzig. — Hr. Kaufmann Johann Rudolf Heinrich in Leipzig. — Frau Christiane Rosamunde Höfer in Göhlitz bei Leipzig. — Frau Friederike Köhler, geb. Weyl, in Pichtenstein. — Frau Emilie Vily, geb. Schiering, in Leipzig. — Hr. Mühlbesitzer Johann Friedrich August Sarfert in Schermühle bei Glanhan. — Hr. Kaufmann Karl Hermann Starke, aus Leipzig, in Colditz. — Frau Wilhelmine Winter, geb. Knudt, in Panitzsch.

Ar...
Kapitän...
und hat...
* Ger...
vette...
kapitän...
und hat...
* Ger...
der Stal...
Wahl...
zum D...
candidat...
Bürger...
93 Stin...
* Nii...
liberal...
an besse...
* Ma...
heute fr...
* Sul...
wurde...
eingebr...
der Org...
Herzog...
gedachte...
tung ob...
und ein...
ni's we...
präsident...
digen D...
Landesg...
wurde d...
* Kon...
Interpell...
historisch...
den auß...
und die...
Der Ju...
sen Pän...
Weiter...
tion ent...
glaube...
weise au...
Er erken...
trag sich...
durch die...
die Lage...
mert hat...
innere P...
wiederer...
* Der...
I am m...
riam...
über die...
aber das...
bezüglich...
erwiderte...